

# Njet!

Das kommunistische Jugendmagazin

Können  
Banküberfälle  
und Interventionen  
solidarisch sein?



Internationalismus  
aus den  
Gewehrläufen

# NEIN SAGEN. NJET! LESEN.

## Inland:

- 03 **KJ in Aktion!**  
Das Treiben der Kommunistischen Jugend.
- 04 **Emma hilft**  
Ratschläge bei Überstunden.
- 05 **Alle auf die Strasse!**  
Ein Aufruf zum Ersten Mai.
- 06 **Abschottung und Arbeiterschaft**  
Die Gründe zur verlorenen Abstimmung.
- 09 **Warum wird der ÖV immer teurer?**  
Auch die SBB muss Profit machen.

## Schwerpunkt:

- 11 **Rauben für die Revolution**  
Eine einzigartige Art von Solidarität.
- 13 **Ein Schweizer Freiheitskämpfer**  
Ein Interview mit einem echten Internationalisten.

## International:

- 19 **Der Kampf wird noch geführt**  
Über Kommunist\*innen in Palästina.
- 21 **Staatsstreich in Kiew**  
Über die faschistischen Umwälzungen.

## Theorie & Geschichte:

- 24 **Kubas Hilfe in Angola**  
War die kubanische Intervention rechtens?
- 28 **It's Right to Rebel!**  
Überlegungen zum Völkerrecht.

## Kultur & Trash:

- 30 **Aufruhr machen, da unten**  
Eine Kritik zu Pussy Riot.

Müssen wir Nein sagen oder können Banküberfälle und Interventionen tatsächlich solidarisch sein? Dieser Frage sind wir in dieser Ausgabe des Njet! nachgegangen.

Vorab können wir schon verraten, dass man sich imperialistischen Interventionen immer und in jedem Fall entgegenstellen muss. Für eine Intervention eines imperialistischen Landes, egal wie humanitär und menschenrechtsliebend es sich gibt, gibt es aus kommunistischer Perspektive keine Rechtfertigung. Wir wissen, die imperialistischen Mächte handeln immer aus ökonomischen Gründen, wenn auch manchmal indirekt, in Erwartung zukünftiger Profite. Die kniffligere Frage, die wir uns hier stellen, ist, ob überhaupt und wann eine Einmischung in die Angelegenheiten anderer Nationen für sozialistische Bewegungen und Staaten legitim sein kann.

Bei Banküberfällen ist die Frage wahrscheinlich weniger brisant: Die Banken rauben uns aus, also rauben wir sie aus. Was aber, wenn damit Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt unterstützt werden, und wieso sollte das überhaupt gemacht werden? Das Njet! hat mit Marc ein Gespräch geführt, der als Mensch aus der Ersten Welt in einer solchen Befreiungsbewegung gekämpft hat, und ihn nach seiner Meinung gefragt. Marc ist Grafiker und von ihm stammen die meisten Grafiken in dieser Ausgabe, so sind auch das Titelbild und die Rückseite nach Arbeiten von ihm gestaltet.

PS: Ab sofort verwenden wir im Njet! die hübschere Variante des sogenannten Gender\_Gaps, das Gender\*Sternchen, beispielsweise im Wort «Kommunist\*in». Diese Schreibweise ist aus der Queer-Theorie entstanden. Mit dem Gender\*Sternchen wird in den Wörtern Platz gemacht für die ganze Bandbreite an Gender und sexuellen Identitäten der Menschen. Kurz gesagt: Es soll nicht immer nur von heterosexuellen Männern die Rede sein und das wollen wir auch sprachlich ausdrücken.

Uns ist allerdings bewusst, dass es sich beim Gender\*Sternchen um eine blosse Formalität handelt. Der Kampf gegen Sexismus, Antifeminismus, Homo- und Transphobie kann nur im echten Leben durch organisiertes Handeln geführt und auch gewonnen werden.

## Impressum:

«Njet! - Das kommunistische Jugendmagazin» | April 2014 | Herausgeberin: Kommunistische Jugend Zürich | Postfach 8640, 8026 Zürich | E-Mail: Zuerich@KommunistischeJugend.ch | Abopreis: 20 Franken normal / 40 Franken soli | PC: 60-729369-5



# KJ in

# Aktion!

## KJ Bern

Die Kommunistische Jugend Bern ist mit der Partei der Arbeit (PdA) gemeinsam auf einer Liste zur Grossratswahl in der Stadt Bern angetreten. In den Wahlkampf gingen sie mit der Kritik an Sozialabbau und Sparwahn, eine Politik, die von den regierenden Parteien bislang forciert wurde. Sie standen in einer Listenverbindung mit mehreren kleineren linken Parteien wie der Alternativen Linken und Grünen Partei Bern - Demokratische Alternative (GPB-AD). Erreicht hat die Liste aus KJ Bern und PdA zusammen 1.34% der Stimmen und ist damit eine der stärkeren Kräfte im Bündnis. Allerdings wurde aus der Listenverbindung nur Simone Machado Rebmann von der GPB-AD in den Grossrat gewählt. Wir vom Njet! gratulieren den Berner Genoss\*innen trotzdem herzlich für ihr beachtliches Ergebnis.

## KJ Zürich

Am 15. März kamen in Zürich gegen 1'000 Menschen zu einem «Massenwandern für eine solidarische Gesellschaft» zusammen. Nach der verlorenen Abstimmung zur fremdenfeindlichen SVP-Initiative fanden regelmässig Kundgebungen statt, um ein Zeichen für Solidarität und offene Grenzen zu setzen. Die Kommunistische Jugend Zürich «wanderte» mit bei dieser Demo, die vom Bürkliplatz bis zum Helvetiaplatz mitten durch die Innenstadt führte. Die Demo blieb durchwegs friedlich, trotzdem stand im Hintergrund wie üblich ein Heer an Polizeikräften bereit. Die Teilnehmer\*innen bestanden vor allem aus jungen Menschen; die Problematik der nationalistischen Hetze, die die SVP verbreitet, schafft ein politisches Klima, worin sich offenbar auch die Jugend nicht mehr wohlfühlt.



**Hallo Emma!**

**Ich heisse Roman, bin 16 Jahre alt und mache eine Lehre als Logistiker. Den Beruf an sich mache ich gerne, aber ich komme mit den Arbeitszeiten nicht zurecht. Ich fange um 6 Uhr morgens an, um alles im Betrieb vorzubereiten. Die anderen Angestellten treffen erst um 7 Uhr ein. Am Mittag kann ich eineinhalb Stunden Pause machen. Dann arbeite ich weiter bis 19 Uhr. Zwischendurch machen wir noch Znüni- und Zvieripausen, die je 15 Minuten betragen. Da wir meistens viel zu tun haben, mache ich öfters Überstunden. Allerdings wird mir das langsam viel zu viel, ausserdem hat mir ein Kollege gesagt, dass es so nicht zulässig ist. Stimmt das?**

Hey Roman. Solche Arbeitszeiten sind für einen Sechzehnjährigen tatsächlich nicht zumutbar, in diesem Punkt stimme nicht nur ich mit dir überein. Dies ist auch rechtlich nicht zulässig; es ist nämlich so, dass man in der Lehre maximal 9 Stunden täglich arbeiten darf. Wie viele Stunden man dich genau in der Woche arbeiten lassen kann, ist abhängig von dem, was in deinem Lehrvertrag steht. Allerdings darfst du auch mit den Überstunden nicht mehr als 45 Stunden pro Woche arbeiten. Ein Lehrling darf zudem keine längeren Arbeitszeiten haben als die anderen Angestellten im Betrieb. Hier sieht man ganz klar, dass du dich an deine\*n Lehrmeister\*in oder Chef\*in wenden solltest. Und falls das nichts bringen sollte, wende dich am besten an deine Gewerkschaft.

Darüber hinaus gilt:

Unter 18 Jahren darfst du nicht mehr als 9 Stunden täglich arbeiten, ganz egal ob mit oder ohne Überstunden. Aber natürlich wird diese Vorgabe immer wieder überschritten, ein guter Grund, dass ihr euch genauer mit euren Rechten befasst. Nebenbei sind Überstunden eigentlich nur in Ausnahmefällen erlaubt, das heisst, sie dürfen nicht regelmässig vorkommen.

Überstunden sollten entweder mit entsprechend viel Freizeit ausgeglichen werden oder mit einem Lohnzuschlag von mindestens 25 Prozent.

Ich hoffe, dass dir und auch den restlichen Leser\*innen diese Antwort geholfen hat, dass ihr euch darüber im Klaren seid, welche Rechte ihr in diesem Fall habt. Aber das Ziel ist nicht nur, dass ihr Bescheid wisst, sondern auch, dass ihr euch gegen Verstösse, Ungerechtigkeiten und unfaire Arbeitszeiten wehrt. Denn auch Lernende haben Rechte, unter anderem das Recht sich zu wehren, wenn sie ausgenutzt werden. Was leider nur allzu häufig der Fall ist.

*Eure Emma*

PS: Falls auch du eine Frage hast bezüglich deiner Lehre oder Schule, dann schick sie mir über:

[Emma@KommunistischeJugend.ch](mailto:Emma@KommunistischeJugend.ch)

# Alle auf die Strasse!

Der Erste Mai ist nicht nur einfach ein Tag, an dem gefeiert wird. Nein, dieser Tag ist viel mehr:

Der internationale Tag der Arbeit bietet den Arbeiter\*innen eine Plattform, auf der sie ihre Meinung kundtun können. Die vielen Demonstrationen in den Grossstädten verschiedenster Länder, an denen Tausende von Menschen teilnehmen, zeigen, dass die Menschen sich nicht einfach abspesen lassen von der unterdrückenden Politik, die weltweit gemacht wird. Das Fest in Zürich rund um den Ersten Mai findet an drei Tagen statt: Am 1. Mai, sowie am darauffolgenden Wochenende, am 3. und 4. Mai. Das wichtigste Ereignis ist die grosse Demonstration, die jedes Jahr auch in den bürgerlichen Medien zum Politikum wird. Im Gegensatz dazu werden die vielen anderen Demos, die, auch wenn mehrere hundert Leute daran teilgenommen haben, stets ignoriert. Ein gutes Beispiel dafür war die Gewerkschaftsdemonstration der Unia und der Syndicom in Bern im September letzten Jahres, an der auch die Kommunistische Jugend Zürich vertreten war. Es demonstrierten rund 15'000 Menschen, und in den bürgerlichen Zeitungen stand kein Wort darüber. Deswegen ist der Erste Mai für die Arbeiterbewegung so wichtig: Jede\*r kennt ihn, auch Leute, die von Politik wenig oder gar nichts verstehen.

Das Programm umfasst dieses Jahr verschiedene Themen. Hervorzuheben ist der Kampf um faire Löhne, besonders im Hinblick auf die Abstimmung über den Mindestlohn am 18. Mai (unbedingt Ja stimmen!).

Am 1. Mai findet mittags die Kundgebung statt. Danach folgen weitere Veranstaltungen:

Die Gewerkschaften werden um 16:00 Uhr eine Podiumsdiskussion zur Mindestlohninitiative führen. Sie findet im Kunstraum Walchenturm (rechts neben dem Glaspalast) statt.

Auch Palästina ist Thema und zwar um 20:00 Uhr im Glaspalast. Der englischsprachige Vortrag trägt den Titel: «One Democratic State in Israel/Palestine – Utopie oder realistische Lösung?» Zur aktuellen Lage in Syrien, genauer zur Situation für Kurd\*innen, gibt es um 18:00 Uhr im Zeughaus 5 eine Podiumsdiskussion mit Geri Müller (Nationalrat der Grünen Partei), Dr. Nick Brauns (Historiker und Journalist aus Berlin) und Asya Abdoullah (Co-Präsidentin der Demokratischen Unionspartei PYD aus Syrisch-Kurdistan). Danach folgt der Film «Die Stille Revolution» von David Meseguer und Oriol Gracià, welcher am gleichen Ort gezeigt wird.

Am Sonntag, 4. Mai wird die Partei der Arbeit Zürich um 12:00 Uhr im Zeughaus 5 eine Informationsveranstaltung zu TiSA halten. TiSA ist ein geplantes Freihandelsabkommen für den Dienstleistungssektor. Dienstleistungen wie Gesundheit und Bildung sollen stärker privatisiert werden; dagegen muss Widerstand geleistet werden.

Für uns als junge Kommunist\*innen ist der Erste Mai natürlich ein Tag, auf den wir uns besonders freuen. Bei der Demonstration können wir unsere Standpunkte klarmachen und abgesehen vom politischen, ein reichhaltiges kulturelles Programm geniessen. Die Kommunistische Jugend Zürich wird mit einem Stand beim Kasernenareal vertreten sein. Den Stand haben wir neben dem der Partei der Arbeit, es lohnt sich auf alle Fälle vorbeizuschauen. Lasst euch überraschen, es gibt verschiedenstes Infomaterial, Buttons, Pullis, aber auch Essen und Getränke.

Auf der Website des 1.-Mai-Komitees kann das vollständige Programm eingesehen werden: [www.1mai.ch](http://www.1mai.ch)

**Sammelpunkt der Demonstration in Zürich ist an der Lagerstrasse bei der Sihlpost um 9:30 Uhr. Die Schlusskundgebung findet gegen 12:00 Uhr auf dem Sechseläutenplatz statt.**





## Abschottung und Arbeiterschaft

**Economiesuisse hat verloren. Am 9. Februar wurde die SVP-Initiative «Gegen Masseneinwanderung» angenommen. Die Folgen für Migrant\*innen dürften so verheerend sein wie die Auswirkungen auf das Lohnniveau. Es stellt sich die Frage, wie das passieren konnte. Und wieso es keine wahrnehmbare «Linke» in der Abstimmung gab.**

Der Abstimmungskampf um die SVP-Abschottungsinitiative warf zwei Fraktionen gegeneinander, die sich nahe stehen. Auf der einen Seite der Millionärinnen- und Milliardärsclub SVP; auf der anderen Seite FDP und Economiesuisse, Gewerbeverband und CVP, dazu der Bundesrat. Irgendwo und irgendwie dagegen waren auch Sozialdemokratie, Grüne und die Gewerkschaften. Gesehen hat man sie kaum, gehört ausserhalb eingeschwoener Kreise nur wenig. Und was kam, hätte in den meisten Fällen auch direkt von Economiesuisse veröffentlicht werden können. Die Linke im Bann des Kapitalverbands, das war das Bild, das sich im Abstimmungskampf zeigte.

Am Geld mangelte es nicht, an (über)breiten Bündnissen ebenso wenig. Dennoch nahm die hauchdünne Mehrheit von 50.3 Prozent der Abstimmenden die SVP-Initiative an. Und bringt damit rückschrittlich zum Ausdruck, dass sie die Personenfreizügigkeit im Wesentlichen scheisse findet –

und die EU gleich mit.

### Ja zur SVP-Initiative als Nein zur EU

«Personenfreizügigkeit» und «EU». Mit den Begriffen lässt sich erklären, warum eine Initiative angenommen wurde, die einen «Vorrang für Schweizerinnen und Schweizer» in die Verfassung schreibt. Auch das Agieren unterhalb der Wahrnehmungsgrenze etwa der Gewerkschaften hat in Personenfreizügigkeit und EU seinen Ursprung.

Zur Europäischen Union wurde bereits das Wesentliche gesagt. «Die EU macht keine Politik für die Arbeitenden, sie nützt nur den Grosskonzernen und Oligarchinnen», resümierte das Njet! in seiner letzten Ausgabe. Tatsächlich ist es wenig verwunderlich, dass die Stimmung in der Schweizer Arbeiterschaft eindeutig gegen die EU gerichtet ist. In den bürokratischen Brüsseler Moloch will sich kein\*e Arbeiter\*in begeben. Mit Griechenland, Spanien und Portugal sind Beispiele, wie die EU ganze Völker verarmen

(Fortsetzung auf Seite 8)

## Kleine Chronologie der Proteste



Unwiderrspochen ging die «Masseneinwanderungsinitiative» nicht über die Bühne. Nach ihrer knappen Annahme durch 50.3 Prozent der Abstimmenden kam es zu Protesten. Noch am Abend des 9. Februar, dem Tag der Abstimmung, gingen in mehreren Städten Hunderte bis Tausende auf die Strasse. In Basel, Bern, Luzern und Zürich kam es zu spontanen Demonstrationen, an denen «Solidarität statt Fremdenhass» gefordert wurde.



Gut drei Wochen später, am 1. März, wurde in Bern wieder demonstriert. Die vom Bleiberecht Bern organisierte «Demonstration gegen Rassismus» brachte etwa 1'000 Menschen in die Gassen der Bundeshauptstadt.



Eine anschliessend stattfindende «Kundgebung für eine offene und solidarische Schweiz» konnte gar 12'000 Personen mobilisieren. Sie forderten «geregelte Beziehungen» zur Europäischen Union und machten auf die verheerenden Auswirkungen der SVP-Initiative für Migranten\*innen aufmerksam. Federführend war insbesondere die Gewerkschaft Unia als Teil eines breiten Bündnisses aus über fünfzig Organisationen.

und ausbluten lässt, praktisch direkt um die Ecke. Nur die Sozialdemokratie hat das noch nicht mitbekommen. Punktgenau im Abstimmungskampf lässt die ehemalige SP-Bundespräsidentin Calmy-Rey verlauten, dass es «vernünftiger wäre, einen EU-Beitritt auszuhandeln, als sich auf die Bastelei eines Rahmenabkommens mit der EU einzulassen»<sup>1</sup>. Ein Bärendienst für die Gegner\*innen der fremdenfeindlichen SVP-Vorlage.

Tatsächlich kann sich die SVP in diesem Umfeld sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Liebäugelns mit der EU als Vertreterin von Arbeiterinteressen gebärden. Mit Erfolg: 50.3 Prozent der Abstimmenden entscheiden sich auch deshalb für eine Kontingentierung der Migration nach «gesamtwirtschaftlichen Interessen», weil sie darin ein Zeichen gegen die EU sehen.

### Personenfreizügigkeit und Lohndumping

Noch direkter ist die Personenfreizügigkeit verantwortlich für das Ergebnis. Gerade in den Schweizer Grenzregionen – insbesondere im Tessin – führt die Freizügigkeit zu enormen Druck auf die Löhne. Vermittels migrantischer Arbeiter\*innen sind die Unternehmer\*innen in der komfortablen Situation, die Löhne gegen unten anpassen zu können. Personenfreizügigkeit bedeutet: höhere Konkurrenz innerhalb der Arbeiterschaft und entsprechend niedrigere Löhne, im Besonderen auch dass Unternehmen Arbeiter\*innen in Notsituationen ausnutzen, um illegal Lohndumping zu betreiben. Davon konnte sich die Schweizer Arbeiterschaft in den vergangenen Jahren immer wieder überzeugen. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass die Gewerkschaften einen Fall von Lohndumping aufdecken. Dass die Zahl der unaufgedeckten Gehaltsbetrügereien weit höher sein dürfte, ist klar.

Dennoch stehen SP und Gewerkschaften zur Freizügigkeit. Ihre Antwort sind die sogenannten «Flankierenden Massnahmen», die für gleiche Löhne zwischen Migrant\*innen und Schweizer\*innen sorgen sollen. Doch deren Kontrolle liegt beim Staat, genauer: beim jeweiligen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA). Und in der Kontrolle der Unternehmer\*innen zeigt sich der Staat träge. Die Haltung der Beamten des AWA grenzt derart an Arbeitsverweigerung, dass sich selbst die SP eingestehen musste, dass die Durchsetzung der Flankierenden Massnahmen mangelhaft sei. Die Antwort der SP darauf: Mehr Flankierende Massnahmen. Ähnlich halten es auch die Gewerkschaften.

Den Arbeiter\*innen genügt das nicht. Mit der «Masseneinwanderungsinitiative» haben sie nun die Personenfreizügigkeit aufgekündigt. Doch das dürfte sich als Bumerang für die Arbeiterschaft erweisen. Mit der Kontingentierung der Migration nach Massgabe der Wirtschaft wird der Lohndruck kaum sinken. Umgekehrt werden die Migrant\*innen, die bei der Beantragung von Aufenthaltsbewilligungen nun auf das «Gesuch eines Arbeitgebers» angewiesen sind, desto stärker in die Abhängigkeit der Unternehmer\*innen getrieben. Das bietet die Grundlage für eine verschärfte Ausbeutung – und noch stärker fallende Löhne.

### Eine neue Haltung zur Freizügigkeit

Mit dem Entscheid vom 9. Februar haben sich vor allem zwei Dinge gezeigt. Erstens ist deutlich geworden, dass sich die SVP trotz der Widerstände sämtlicher anderer Kapitalfraktionen zum dominierenden Teil des hiesigen Geldadels gemausert hat. Entsprechend kann erwartet werden, dass sich in Zukunft Kapitalverbände wie etwa Economiesuisse stärker an ihr statt an der «liberalen» FDP orientieren.

Zweitens zeigt sich der totale Zusammenbruch einer «linken» Politik, die sich an der Europäischen Union orientiert und die Idee der internationalen Solidarität über die wirklichen Verhältnisse stellt. Kurz gesagt: Die SVP hat einen Massenanhang unter den Arbeiter\*innen gewonnen, weil Sozialdemokratie und Gewerkschaft mit der EU ins Bett steigen wollen.

Für eine klassenbewusste Organisation stellt sich entsprechend die Herausforderung, die Scherben aufzusammeln. Leicht wird es sicher nicht, eine im Bann der SVP stehende Arbeiterschaft zu agitieren. Besonders die Haltung zu EU und Personenfreizügigkeit werden dabei von einiger Bedeutung sein. Erste Ansätze eines anderen Umgangs mit der Personenfreizügigkeit liessen sich vielleicht so skizzieren: Der Personenfreizügigkeit ist nur zuzustimmen, wenn sie an Flankierende Massnahmen gekoppelt ist, die nicht vom Staat, sondern von der Arbeiterschaft und ihren Organisationen kontrolliert werden. Grundlage dafür wären die Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, völlige Lohntransparenz, Einblick der Gewerkschaften in sämtliche Betriebsvorgänge.

Damit würde man sich auch aus dem ideologischen Schlepptau der Economiesuisse begeben. Der Bann wäre gebrochen.

Fotos & Text: Yoyo

<sup>1</sup> Micheline Calmy-Rey: *Die Schweiz, die ich uns wünsche*. Nagel & Kimche, 2014.



## Warum wird der ÖV immer teurer?

**Während die Preise für uns immer steigen, werden die Leistungen im öffentlichen Verkehr konstant schlechter. Der Staat braucht mehr Geld, um den Unternehmen und den Reichen Steuer geschenke zu machen, und wir müssen dafür zahlen.**

Die Preise stiegen in den letzten Jahren rasant an. Im Gegensatz zu 2002 bezahlt man heute für ein Generalabonnement der 2. Klasse 22.8% mehr. Beim Halbtax muss man 16.7% (ein Jahr gültig), 34% (zwei Jahre) und 31.4% (drei Jahre) drauflegen. Obwohl die Preise schon sehr hoch sind, wurden auch die normalen Streckenbillette ähnlich stark angehoben. Eine Fahrt von Zürich nach Bern und zurück kostet bereits 98 CHF, auch die wurde um 8.9% teurer. Für einen Ausflug nach Zug bezahlt man 21.6% mehr, nun also 33.20 CHF. Bern-Basel hin und retour kostet 78 CHF, auch das ist ein Plus von 14.7%. Die Teuerung in der Schweiz betrug in diesem Zeitraum 6.3%.

**Mehr Druck für die Arbeitenden, mehr Geld für die Manager\*innen**

Doch nicht nur die Preise erhöhten sich, auch die

Arbeitsbedingungen für die Angestellten im ÖV wurden schlechter. Während die Anzahl der Pendler\*innen seit 2002 von 672'000 pro Tag auf 967'000 anstieg (+43.9%), erhöhte sich die Anzahl der Angestellten nur um 1.6% von 28'786 auf 29'240. Das bedeutet für alle mehr Stress und Druck am Arbeitsplatz. Die Löhne der SBB-Angestellten stiegen um knapp 12% (abzüglich der Teuerung) von durchschnittlich 105'000 pro Jahr (2002) auf 124'000 (2012). Im Gegensatz dazu hat der Bundesrat die Löhne der Manager\*innen in den staatseigenen Betrieben in den letzten zehn Jahren massiv erhöht oder sogar verdoppelt! Der Lohn des jetzigen SBB-Managers vergrösserte sich von 520'000 CHF auf 1'035'602 CHF pro Jahr. Auch die Löhne der Chefs der RUAG und der Post stiegen von 450'000 CHF auf 754'000 CHF, bzw. von 500'000 CHF auf 786'795 CHF.

### KJ fordert!

**Kostenloser ÖV für Lehrlinge und Jugendliche bis 25 Jahre, die im Kanton Zürich leben oder arbeiten.**

**Lasst die Ausbeuter, Grossbetriebe (ab 5 Mio. Kapital) und Bonzen (ab 1 Mio. Vermögen) dafür zahlen!**

## Staatseigene Betriebe

In den letzten zehn Jahren musste der Gewinn aller bundeseigenen Betriebe ständig wachsen und Millionen oder sogar Milliarden von Franken einbringen, um die Verluste durch die Steuergeschenke auszugleichen. Der Bundesrat verlangt 450 Mio. Gewinn aus der SBB. Alle Grossunternehmen, die der Staat besitzt, müssen riesige Gewinne einfahren. Vor zehn Jahren waren die Ausgaben und die Einnahmen der SBB ungefähr ausgeglichen, 2002 fuhren sie 12 Mio. Verlust ein und 2003 24.9 Mio. Gewinn. Seitdem steigerte sich der Gewinn auf 491 Mio. im Jahr 2012. Auch die Post, die schon 2002 einen Profit von 211 Mio. erwirtschaftete, musste den Überschuss nochmals massiv steigern auf 859 Mio. im Jahr 2012. Weitere Einnahmequellen sind die Swisscom, die schon damals 824 Mio. einbrachte und nun sogar 1.76 Mrd., und der Waffenhersteller RUAG, dessen Konzernergebnis von 45 Mio. (2004) auf 114 Mio. (2012) erhöht wurde. Und diese höheren Profite haben wir mit höheren Preisen zu bezahlen.

Der Staat braucht steigende Einnahmen aus den eigenen Betrieben, denn in den letzten zwanzig Jahren wurden andauernd die Steuern für die Reichen und die Unternehmen gesenkt. Mit der Folge, dass dem Staat nun überall das Geld fehlt. Beispielhaft für diese Entwicklung ist der Kanton Luzern. Seit der Halbierung der Unternehmenssteuern in den letzten zehn Jahren jagt dort nun ein Sparpaket das andere. Überall werden Einsparungen vorgenommen und Leistungen gekürzt. In den Schulen, dem Transport, dem Gesundheitswesen und der Altersversorgung.

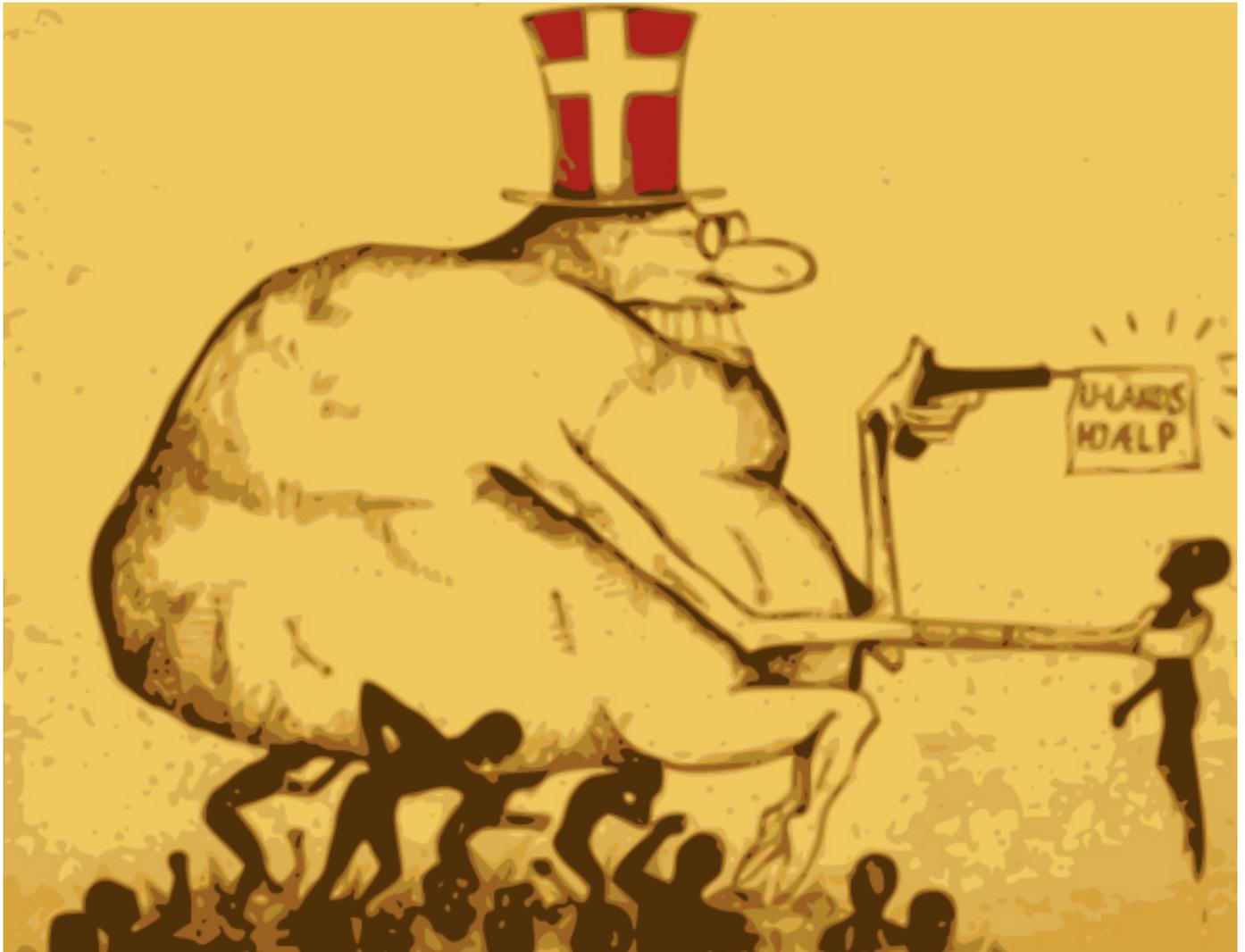
## Petition für einen kostenlosen ÖV

Jetzt wissen wir, wo all das Geld hinfließt, wenn wir jedes Jahr mehr für unser Billett bezahlen müssen. Nämlich in die Taschen der Bonzen, Grossunternehmen und der Manager\*innen. Deshalb fordern wir euch dazu auf, die Petition der Kommunistischen Jugend für einen kostenlosen ÖV für Jugendliche und Lehrlinge zu unterzeichnen. Lehrlinge bekommen nur einen beschissenen Lohn. Die Grossbetriebe hingegen schlagen jedes Jahr eine halbe Milliarde Franken Profit aus ihrer Arbeit. Mindestens für die Fahrt zur Arbeit können sie zahlen. Wer Profit aus der Arbeit schlägt, soll auch für den Transport aufkommen!

**Fotos & Text: Harald**

Die Petition kannst du im Internet unterzeichnen auf: [KommunistischeJugend.ch](http://KommunistischeJugend.ch)





Der dänische Imperialismus sitzt auf den ausgebeuteten Völkern der Dritten Welt. Die Entwicklungshilfe (u-lands hjælp) ist dabei Zwangsmittel. Grafik: Kommunistisk Ungdomsforbund, 1969.

# Rauben für die Revolution

**Bis Ende der 80er konnte eine kommunistische Gruppe in Dänemark unbehelligt Millionen in Überfällen rauben. Das Geld, teilweise auch Waffen, wurde zur Gänze an Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt weitergegeben. Was hat diese Gruppe zu ihren kriminellen Aktivitäten getrieben?**

Die Geschichte beginnt in den 60er Jahren mit Gotfred Appel, einem Kommunisten aus Dänemark. In dieser Zeit war ein Richtungsstreit innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung entbrannt. Auf der einen Seite stand die Sowjetunion, auf der anderen Seite die junge Volksrepublik China mit Mao Zedong. Mao befürchtete, dass in der Sowjetunion eine neue Kapitalistenklasse innerhalb der Kommunistischen Partei und eine neue Tendenz zum Imperialismus entstanden sei. Gleichzeitig setzte er die Hoffnung der Weltrevolution nicht mehr auf die entwickelten Länder Westeuropas, sondern auf die unterentwickelten des Südens. Gotfred Appel hatte eine Theorie konzipiert, die den

Ansichten Maos nahelagen und sympathisierte mit ihm. Er wurde für seine Verteidigung Chinas im Konflikt aus der dänischen Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Mit einigen anderen Genoss\*innen, die ein ähnliches Schicksal erlitten und ähnlich dachten, gründete er den Kommunistisk Arbejds-kres (KAK).

## Theorie: Arbeiteraristokratie

Seine Theorie gründet auf dem Konzept der Arbeiteraristokratie in der Tradition von Wladimir Lenin. Laut Lenin<sup>1</sup> würden die Anführer\*innen der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern mit Extraprofiten aus der Ausbeutung der Dritten Welt

<sup>1</sup> Siehe W. I. Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. 1917. Ebenfalls: *Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den «imperialistischen Ökonomismus»*. 1916.

bestochen. Die Folge ist, dass die bestochene «Oberschicht des Proletariats» nicht mehr für die Interessen des internationalen Proletariats eintritt, sondern für die nationalen, imperialistischen Interessen des jeweiligen Landes. Appel ging einen Schritt weiter. Er schickte die Mitglieder des KAK zur Arbeit in dänische Fabriken, um die Bedingungen der dortigen Beschäftigten zu untersuchen. Es zeigte sich, dass die Arbeitenden politisch nicht mobilisiert werden konnten, auch für die Solidaritätsbewegung mit Vietnam liessen sie sich nicht gewinnen. Daraus zog Appel den Schluss, dass die dänische, die ganze Arbeiterschaft der Ersten Welt mit ihren unverhältnismässig «hohen Löhnen bestochen» würde. Die ganze Arbeiterklasse sei zu einer Arbeiteraristokratie verkommen, die ein ökonomisches Interesse an der Ausbeutung der Menschen in der Dritten Welt habe, da die «hohen Löhne» mit imperialistischen Extraprofiten finanziert werden. Sie ist nicht mehr an einer sozialistischen Revolution interessiert. Die imperialistische Ausbeutung bewirkt umgekehrt in der Dritten Welt eine Situation, welche die Menschen dort in den revolutionären Widerstand treibt. Um auch in der westlichen Welt eine revolutionäre Situation herbeizuführen, müssen als Erstes die Extraprofite aus der Dritten Welt versiegen. Die primäre Aufgabe der Kommunist\*innen der Ersten Welt ist deshalb die Bekämpfung des Imperialismus. Es sind jedoch nur die revolutionären Bewegungen der Dritten Welt, die für das kapitalistische System eine tatsächliche Bedrohung darstellen. Es wird somit zur Aufgabe der progressiven Kräfte in der Ersten Welt, diese Bewegungen mit allen Mitteln zu unterstützen. Und der KAK unterstützte die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt auch wirklich mit allen Mitteln.

### Praxis: Banküberfall

Aus den theoretischen Überlegungen ergab sich die Praxis des KAK: Die Mitglieder veranstalteten Flohmärkte und sammelten gebrauchte Kleider, um Geld und Material an die kommunistischen Bewegungen des Südens zu schicken. Sie nahmen Kontakt auf mit den Befreiungsbewegungen in Angola (MPLA), in Mosambik (FRELIMO), im Oman (PFLO); vor allem aber mit der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) wurde eng zusammengearbeitet. Schnell zeigte sich, dass diese Organisationen Geld brauchten, viel Geld, für ihren Kampf.

Um schnell an viel Geld zu kommen, griff der KAK zu illegalen Mitteln. Bereits in den 70er Jahren wur-

den verschiedene Überfälle auf Geldtransporter durchgeführt (die man den Mitgliedern allerdings nicht nachweisen kann). Die ganz grossen Dinger wurden aber erst in den 80er Jahren gedreht.

Ende der 70er Jahren reorganisierte sich die jüngere Generation des KAK in der Kommunistisk Arbejdsgruppe (KA). Ohne die autoritäre Führung Appels konnte sich die KA noch stärker auf die Geldbeschaffung konzentrieren. Ein Grund für ihren Erfolg – rund 15 Jahre lang blieb die Gruppe unentdeckt und zweimal brach sie den Rekord für den grössten Raubüberfall in Skandinavien – war, dass die KA-Mitglieder die Überfälle als gewöhnliche Verbrechen erscheinen liessen und extrem vorsichtig vorgingen. Im Gegensatz zur Roten Armee Fraktion (RAF) hatte die KA kein Bedürfnis, sich zu den kriminellen Handlungen zu bekennen und sich dafür zu rechtfertigen. Ihr Ziel war nicht, die dänische (im Falle der RAF die deutsche) Bevölkerung zur Revolution zu animieren oder «Solidarität zu provozieren»<sup>2</sup>.

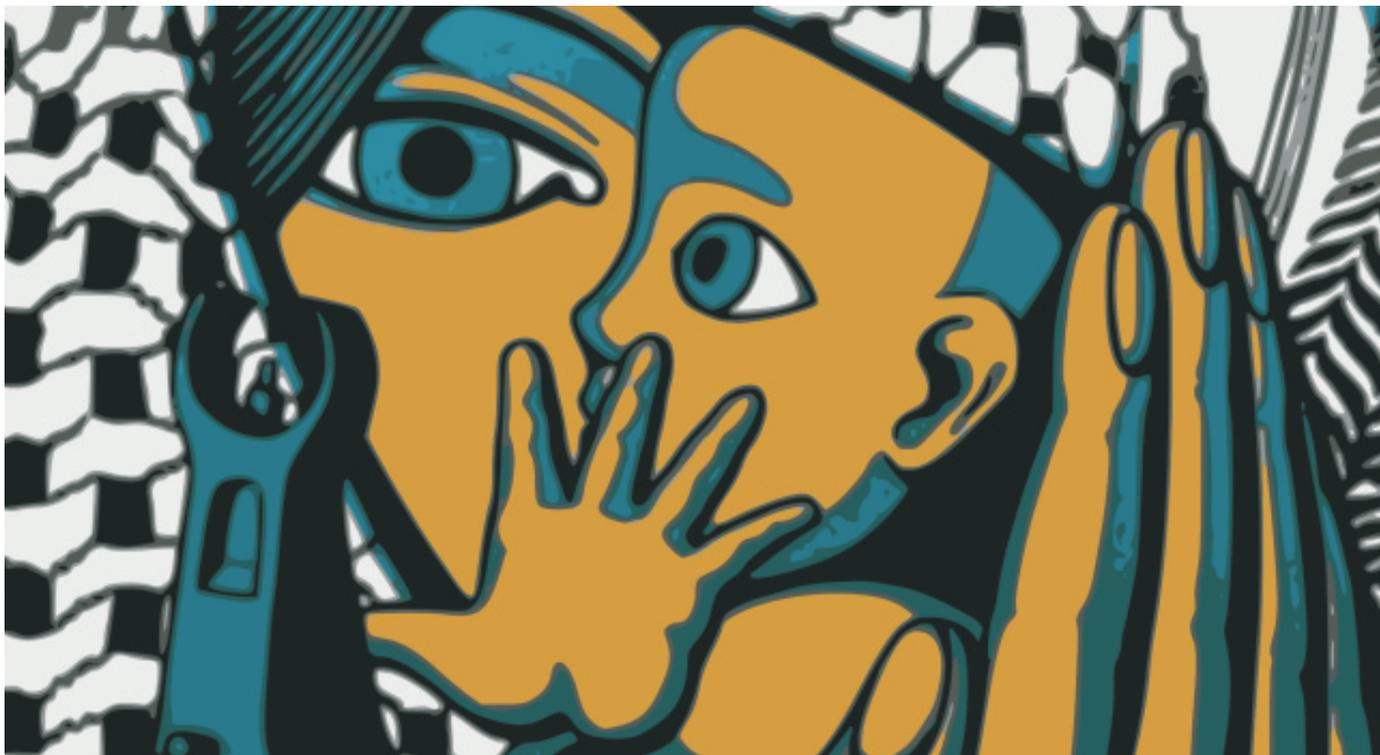
Der grösste Coup der KA war auch ihr letzter: 1989 raubten sie den Geldtransporter eines Postamts in Kopenhagen aus. Sie konnten mit mehr als 13 Millionen Dänischen Kronen (über zwei Millionen Schweizer Franken) fliehen. Bei der Flucht wurden sie jedoch von einem Streifenwagen der Polizei überrascht. Bei einem Warnschuss wurde ein junger Polizist durch einen Querschläger tödlich getroffen. Die Gruppe konnte dennoch entkommen und das Geld wahrscheinlich der PFLP übermitteln.

Es wurden intensive Ermittlungen aufgenommen. Erst jetzt arbeiteten die Polizei und der dänische Geheimdienst zusammen, der einen Teil der Mitglieder schon länger beschattet hatte. Schliesslich kam es zu Verhaftungen einiger Mitglieder. Und ein Geheimversteck in der Blekingegade in Kopenhagen wurde entdeckt, weshalb die Gruppe von den Medien Blekingegade-Gruppe getauft wurde. In der Wohnung wurden Waffen und die Pläne zum letzten Überfall und einer Entführung (die nie ausgeführt wurde) gefunden. Mit diesen Beweisen konnten die Hauptschuldigen zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt werden. Kurz darauf wurde auch ein Schweizer Mitglied des PFLP verhaftet und für den Überfall schuldig gesprochen. Das Njet! konnte ein Interview mit ihm führen.

**Taki**

Wer mehr zur Geschichte dieser spannenden kommunistischen Gruppe erfahren will: Gabriel Kuhn (Hg.): Bankraub für Befreiungsbewegungen. UNRAST-Verlag. Münster, 2013.

<sup>2</sup> Rote Armee Fraktion: *Das Konzept Stadtguerilla*. 1971.



«Die Erde.» Ausschnitt aus einem Plakat von Marc für die PFLP 1980.

## Ein Schweizer Freiheitskämpfer

Marc hat als Grafiker in einer palästinensischen Befreiungsbewegung gearbeitet und an ihrer Seite gegen die israelischen Besatzer gekämpft. Er stand im Verdacht, sich an einem Banküberfall mit der Blekingegade-Gruppe beteiligt zu haben und wanderte dafür mehrere Jahre in den Knast. Das Njet! konnte mit Marc über sein Leben im Zeichen der internationalen Solidarität sprechen.

### Njet!: Wie bist du Grafiker geworden?

Marc: Ich habe den einjährigen Vorkurs an der Kunstgewerbeschule Bern gemacht und dann eine vierjährige Lehre.

### Wie bist du politisiert worden. Bist du schon früh Kommunist geworden?

Nicht sehr früh. Ich war eher ein Spätzünder. Während dem Vorkurs war noch nichts politisch bei mir da, mit 17 war ich noch unpolitisch. Während der Lehre fing ich einerseits an, die Ausbeutung am Arbeitsplatz zu spüren, andererseits war da ein Lehrer, der uns sehr stark beeindruckt hat. Der kam aus der kommunistischen Bewegung der 20er und 30er Jahre. Das hat mich dann politisiert.

### Was waren deine ersten politischen Bewegungen, bei denen du mitgemacht hast?

Es gab eine Organisation in Bern, das «Forum Politikum». Das waren hauptsächlich Studenten und da sind wir Lehrlinge dazugestossen und haben gewisse Sachen umgekrempelt

### Was heisst das?

Die waren stark fixiert auf studentische Politik, das hat uns nicht sehr interessiert. Für uns war eher die ganze Sache der Ausbeutung am Arbeitsplatz Thema.

### Du bist viel rumgereist. Hat das mit deiner politischen Einstellung zu tun?

Schon, ich habe sehr früh eine Familie gehabt. Mit 21 war das Kind da, meine Frau war 19. Und da mussten wir zuerst einmal einfach Geld verdienen. Wir sind in Bern geblieben, aber immer mit dem Gedanken: Hoffentlich kommen wir bald raus aus der Schweiz und aus Bern. Ich bin dann 1969 nach Paris und habe dort zuerst mit einer marxistisch-leninistischen Organisation politisch gearbeitet, das flog auseinander. Danach war ich bei der «Gauche Prolétarienne». Die «Gauche Prolétarienne» war eine spontaneistische, maoistische Bewegung, beides zusammen. Es wurde versucht, die positiven Sachen vom Mai 1968, was dort an der Uni und was in den Strassen geschehen war, in die Fabriken zu tragen. Und es wurde viel mit nordafrikanischen Mi-

granten zusammengearbeitet.

### **Warst du mit der «Gauche Prolétarienne» auch in den Fabriken?**

Nein. Ich war am Fabrikator. Ich hab Flugblätter gedruckt, nächtelang, und sie am morgen vor dem Fabrikator verteilt.

### **Waren es damals schon mehrheitlich Migranten in den Fabriken?**

Ja. Die Facharbeiter im Unterhalt waren mehrheitlich Franzosen, am Fließband waren das mehrheitlich nordafrikanische Arbeiter. Die hatten noch in der Atmosphäre des algerischen Befreiungskrieges gelebt, in einem gewissen Sinne.

### **Waren diese Migranten dadurch politisierter als die französischen Arbeiter?**

Gerade die algerischen waren natürlich sehr politisiert durch den Befreiungskrieg. Im Allgemeinen haben sich die Arbeiter, ob Algerier oder Marokkaner oder Tunesier, sehr stark identifiziert mit dem palästinensischen Befreiungskampf. Es gab da auch ein Palästinakomitee, das nicht nur zu Palästina Stellung genommen hat, sondern das waren nordafrikanische Arbeiter, die den palästinensischen Befreiungskampf als ein Vorbild sahen für ihren eigenen Kampf gegen Rassismus in der Fabrik und im täglichen Leben.

### **Bist du damals auf die palästinensische Sache aufmerksam geworden?**

Aufmerksam geworden bin ich schon vorher. Das war eine politisierte Zeit, wo die Kämpfe in der Dritten Welt uns sehr stark beeindruckt und beeinflusst haben. Da war natürlich als Erstes einmal der Vietnamkrieg. Dieses kleine Bauernvolk, das den amerikanischen Imperialismus besiegt hat: Das war schon einmalig. Und da war der palästinensische Befreiungskampf, der aufmerksam gemacht hat auf sich, hauptsächlich mit den militärischen Operationen, den Flugzeugentführungen.

### **Und wie bist du mit der palästinensischen Befreiungsbewegung in Kontakt gekommen?**

Ich bin dann zurück in die Schweiz. In Bern haben wir eine Lehrlingsgruppe gehabt, wir haben Häuserbesetzungen und solche Sachen gemacht. Einige von diesen Lehrlingen sind für ein verlängertes Wochenende nach Italien und haben Palästinensertücher angehabt, die sind sofort bemerkt worden von

arabischen, palästinensischen Studenten und haben sich angefreundet mit denen. Als diese Studenten dann nach Bern gekommen sind, habe ich mit ihnen Erfahrungsaustausch gehabt. Das waren Leute von der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP). Von dorthier gab es Kontakte.

Später habe ich in Italien als Grafiker gearbeitet. Da kriegte ich mal ein Telefon, ob ich Plakate machen könnte für die PFLP. Jung und verrückt wie ich war, hab ich sofort zugesagt. Dann hat's geheissen, du fliegst übermorgen, ich hatte also kaum Zeit gehabt, etwas zusammenzupacken. So bin ich dann in den Libanon reingekommen.

### **Was war die PFLP für eine Organisation?**

Die PFLP ist aus dem Panarabismus entstanden. Der Panarabismus ist der Zusammenschluss der progressiven Kräfte im arabischen Raum gegen den Imperialismus. Wenn man von arabischem Nationalismus spricht, dann sind das nicht einzelne Länder, sondern die arabische Nation als Ganzes, als definierter Kulturkreis. Die PFLP hat eine Transformation durchgemacht von einer anfangs links-nationalistischen Organisation, zu einer Organisation mit einem Marxismus, der stark auf die Bedingungen der Dritten Welt einging, sehr stark nach dem Vorbild der kubanischen Revolution, die auch nationalistisch angefangen hat und sich dann vereinigt hat mit der Kommunistischen Partei Kubas. Und genau gleich war die Entwicklung im palästinensischen Raum, wo dann viele Intellektuelle, Marxisten zur PFLP gestossen sind und dort natürlich auch in Diskussionen einbezogen wurden.

### **Wie war die Arbeit für die PFLP?**

Ich habe meine Arbeit selbst aufbauen müssen. Ich habe dafür sehr viele Freiheiten gehabt. Ich habe praktisch jeden Entwurf ausführen können, den ich vorgelegt habe.

### **Wie war das eigentlich als Europäer dort zu arbeiten? Gab es noch andere oder warst du eine Ausnahme?**

Es gab noch andere Europäer. Einerseits gab es viele Skandinavier, die haben hauptsächlich ärztliche Betreuung gemacht. Das waren Ärzte, Krankenschwestern, die in den Quartieren, in den palästinensischen Flüchtlingslagern Kliniken eingerichtet haben. Sie haben dort die ärztliche Kontinuität aufrechterhalten zusammen mit palästinensischen und libanesischen Ärzten. Dann

gab es einige, die gut auf Englisch waren, hauptsächlich Amerikaner, die haben die englischsprachige Publikation redigiert. Ich habe hauptsächlich mit denen gearbeitet. Ich habe Layouts der englischsprachigen Ausgabe gemacht, die Titelblätter der englischsprachigen Zeitschrift, und eben Plakate.

### **Wieso bist du dann eigentlich wieder in die Schweiz gekommen?**

Das erste Mal im Libanon war abgemacht, dass ich drei Monate bleibe und dann zurückgehe.

Ich habe dann Ende der 70er Jahre in der Schweiz politisch gearbeitet und mich weiter radikalisiert, bis ich keine legale Situation mehr hatte in der Schweiz. Ich wurde eines Anschlages an einer spanischen Bank verdächtigt und wurde durch Interpol gesucht. Zwei Genossen haben mich beschuldigt, angeschwärzt, Aussagen gemacht. Ich musste abhauen.

### **Du bist durch Interpol gesucht worden?**

Ich hab mich zuerst in Paris stillgehalten. Wie ich dann erfahren habe, dass die anderen geredet haben, bin ich fast paranoid geworden. Die Nachrichten aus der Schweiz wurden dann immer schlechter, bis es so aussah, dass man es nicht ausbügeln konnte in der Schweiz. Ich hab organisiert, dass jemand Kontakt aufnahm mit den Genossen von der PFLP. Und die haben dann gesagt, wohin ich sollte. In Damaskus habe ich die Genossen wiedergetroffen, die haben dann organisiert, dass ich in den Libanon einreisen konnte. Und dort hab ich sofort wieder angefangen, Plakate zu machen.

### **...bis zur israelischen Invasion?**

Bis zur israelischen Invasion. Da habe ich das Gefühl gehabt, es gäbe Wichtigeres, als Plakate machen, und habe angefragt, an die Front zu gehen. Ich war dann hinter dem Flughafen von Beirut stationiert. Das ging etwa einen Monat ohne Zwischenfälle, bis die Israelis und Phalangisten zusammen zur Eroberung von Beirut ansetzten. Wir mussten uns zurückziehen, denn am Ende konnten wir dort die Front nicht halten. Wir sind dann zurück, näher an Beirut rangegangen und haben eine engere Verteidigungslinie gezogen.

### **Wer waren die Phalangisten?**

Die Phalangisten sind eine christliche Miliz, die von Pierre Gemayel gegründet wurde. Pierre Gemayel war ein rechts denkender Christ, der 1936 nach Deutschland ging, um die Olympischen Spiele zu

beobachten, und war so begeistert von diesen Nazi-Spielen, dass er zurückgekommen ist in den Libanon und dort eine Wehrsportgruppe aufgezogen hat, die christliche Interessen verteidigen sollte. Nicht die christlichen Interessen per se, sondern die rechten Interessen innerhalb der christlichen Gemeinschaft.

### **Was hast du für eine militärische Ausbildung gehabt? Wo hast du zu kämpfen gelernt?**

Ich war in der Schweizer Armee Gebirgsgrenadier. Ich hab da schon Einiges gekonnt. Im Libanon wurde ich dann speziell ausgebildet in den Sachen, die speziell sind im Krieg, der geführt werden musste. Das war ein Verteidigungskrieg mit Schützengräben, mit betonierten Stellungen. Man stellt sich das häufig falsch vor; das, was am meisten Arbeit gab, ist das Wacheschieben. Weil in so Kriegen passiert häufig sehr lange nichts und auf einmal knallt's dann.

### **Was ist da genau passiert mit den Phalangisten und Israel?**

Es ging im Süden los, in diesem Gürtel, wo die Palästinenser ihre Stellung gehabt haben mit den libanesischen Organisationen, der wurde sehr schnell erobert, einfach mit der ganzen Technologie, Luftangriffe, Panzerangriffe. In drei Tagen sind die Israelis von der südlichen Grenze bis nach Beirut gekommen, das ist also sehr schnell gegangen. Sie haben Westbeirut abgeriegelt und mit den Phalangisten zusammen ihre Stellungen aufgebaut.

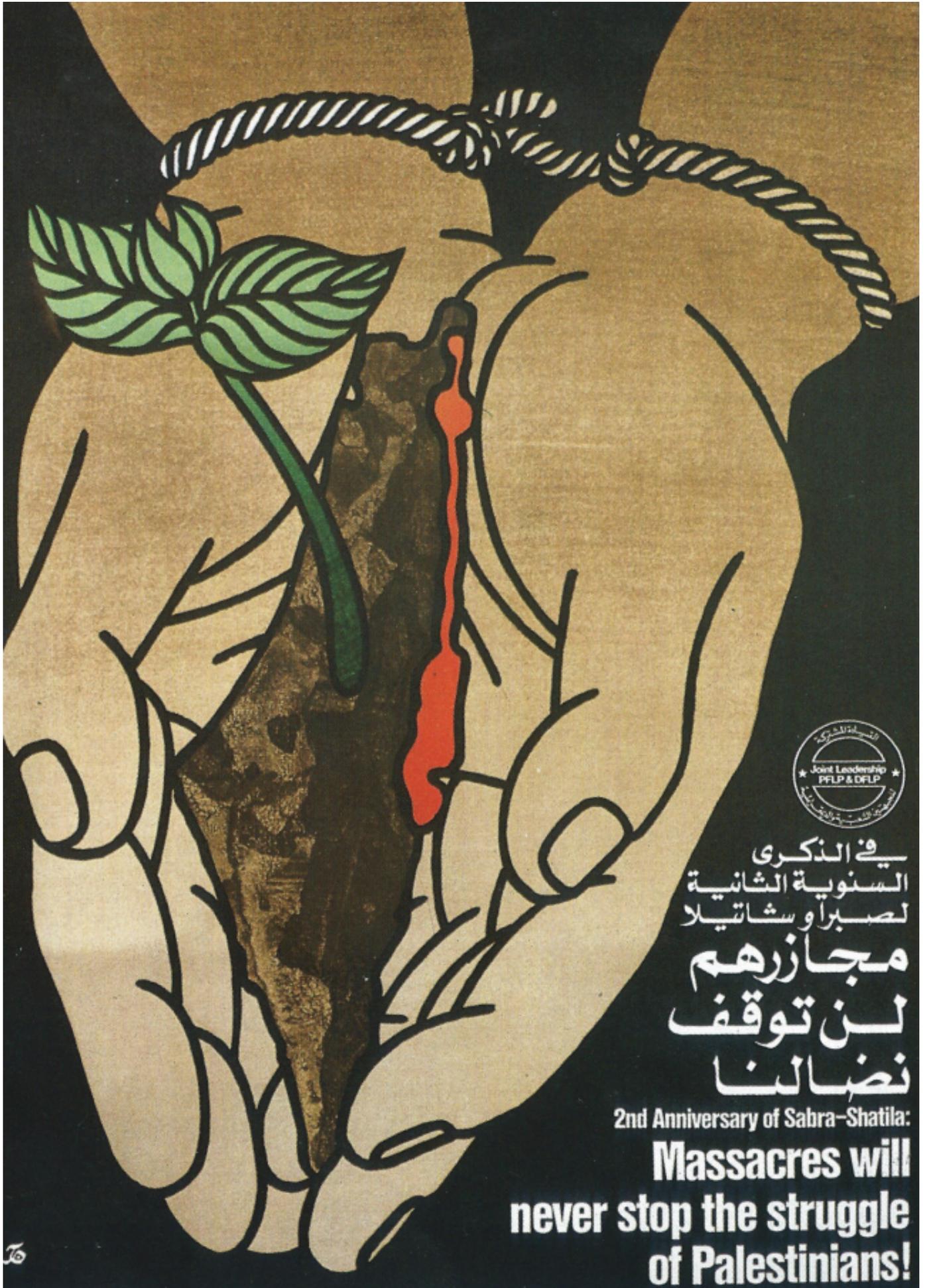
### **Wie ist es zu den Massakern der Phalangisten gekommen?**

Das hat angefangen Mitte der 70er Jahre mit einem Bus mit Frauen und Kinder, die an einem Anlass des palästinensischen Widerstandes im Osten von Beirut teilgenommen haben, dort am Tel al-Za'atar herum. Und die wurden auf der Rückfahrt nach Westbeirut in einem hauptsächlich phalangistischen Stadtteil massakriert. Der Erste und der Letzte. Das war der Anfang des libanesischen Bürgerkrieges.

### **Später während der Invasion gab es noch weitere Massaker in den Flüchtlingslagern?**

Die Massaker von Sabra und Schatila waren dann 1982.

Wie vorhin gesagt haben wir uns zurückziehen müssen, um Beirut zu verteidigen. Es hatte eine UNO-Konferenz gegeben, es wurden Schutztruppen zusammengestellt, die im Grunde genommen Beirut



«Zweiter Jahrestag des Massakers von Sabra und Schatila: Ihre Massaker werden unseren Kampf nicht aufhalten!»  
Das Plakat erinnert an die grausamen Massaker in zwei palästinensischen Flüchtlingslagern. Entstanden ist es im September 1984.

beschützen sollten. Unter den Abmachungen der Konferenz fiel auch, dass der bewaffnete palästinensische Widerstand aus Beirut ausreisen sollte. Der Abzug wurde organisiert mit Schiffen. Wir fuhren an die syrische Küste in den Hafen von Tartus. Wie dann all die bewaffneten Palästinenser abgezogen waren - nur noch Jugendliche, Greise, Frauen und Kinder waren in diesen Camps - hat die israelische Armee die Phalangisten zusammengezogen und instruiert, dass sie die beiden Camps von Sabra und Schatila einnehmen sollen. Sie haben ihnen dazu noch Mörserunterstützungsfeuer geliefert. Und die Phalangisten haben die Bevölkerung dann gefoltert und massakriert, grauenhaft, es hatte Tausende von Toten.

Wir waren währenddessen in Damaskus zur Überprüfung in Haft. Wir haben uns natürlich sehr schuldig gefühlt, dass wir abgezogen sind. Was wollten wir dagegen machen? Uns war das so verkauft worden, dass der Widerstand gegen die Israelis mit den libanesischen Organisationen und deren Bevölkerung ein paar Monate gut gehen wird und dann wird die Situation immer schwieriger, die Situation des Lebensunterhalts, des Essens, das reingebracht werden musste in die belagerte Stadt und wir würden dann mit der Zeit die Unterstützung der Libanesen verlieren.

#### **Und nach der Invasion, was hast du gemacht?**

Ich bin nach anderthalb Monaten im Gefängnis der Syrer rausgekommen und habe sofort wieder Plakate gemacht. Es hatte hundert Themen.

Ich bin auch immer ein wenig rumgereist, auch zum Drucken unserer Presse. Ich bin immer wieder nach Zypern gereist, wo wir in der Druckerei der Kommunistischen Partei AKEL drucken konnten, wenn es in Syrien nicht mehr ging. Wir haben da in einem gewissen Spannungsfeld gelebt, in Syrien. Wobei ich sagen muss, dass Syrien in der Gegend noch einer der Staaten ist, die laizistisch funktionieren. Es ist schon so, dass ich Syrien gegenüber nicht nur negativ eingestellt bin, trotzdem dass ich dort nicht nur Honiglecken hatte.

#### **Kommen wir zur Blekingegade-Gruppe. Wie wichtig war die Blekingegade-Gruppe für die PFLP als Geldquelle?**

Befreiungsbewegungen brauchen Geld, natürlich, und Waffen. Und im Libanon brauchen die Befreiungsbewegungen, die Palästinenser, auch Geld für Strukturen des täglichen Lebens für die Bevölke-

rung. In diesem Zugzwang haben sich immer wieder international Gruppen eingereiht und haben geschaut für finanzielle Beschaffungsoperationen. Es hat sehr gute Kontakte gegeben zwischen der PFLP und den skandinavischen Ländern über die ärztliche Betreuung. Und da haben dann einige Leute in Skandinavien und andernorts, weltweit, gesagt: Was können wir machen als Unterstützung? So hat sich etwas entwickelt.

#### **Was hast du gewusst von der Blekingegade-Gruppe in Dänemark?**

Ich habe ein paar Leute davon getroffen und fand ihre Ideen vernünftig. Das waren sehr clevere Leute.

#### **Hat dich das bewogen nach Dänemark zu gehen?**

Die Dänen haben Schwierigkeiten gehabt mit Arbeitskräften, es wurde mit der Zeit sehr schwierig für die, und sie haben dann angefragt bei uns.

Als die Gruppe aufflog und die Bullen zuschlugen, gingen lediglich drei Personen ins Netz. Dadurch blieb Raum für Verdächtigungen. Ein vierter Räuber wurde nach einem Verkehrsunfall verhaftet und von einem fünften wurden Spuren in der Blekingegade-Wohnung gefunden.

#### **Wie konnten sie dir diese Tat nachweisen, wieso hat man dich überhaupt verdächtigt?**

Durch Fingerabdrücke auf zwei mobilen Gegenständen in einer konspirativen Wohnung.

Ich wurde in einem Indizienprozess verurteilt, ohne jegliche Beweise, nur mit fadenscheinigen Indizien gegen ein hieb- und stichfestes Alibi.

Die Staatsanwältin in meinem Prozess war davor Polizeipräsidentin für ganz Dänemark. Später hat sie sich gerühmt, das Juwel in ihrer Krone sei mein Prozess, weil sie mich ohne harte Beweise verurteilen konnte. Nach dem Prozess wurde sie Chefin des Geheimdienstes und der Polizei zusammen.

#### **Wie bist du verhaftet worden?**

Ich bin beim Übergang von Syrien in die Türkei über die «Grüne Grenze» von unserem Führer, der uns dort geführt hat, verraten worden. Der hat uns der Armee ausgeliefert. Ich war dann eineinhalb Jahre in der Türkei in Auslieferungshaft und wurde dann nach Dänemark ausgeliefert.

#### **Wie war das im Gefängnis in der Türkei verglichen mit Dänemark?**

Es war schon schwierig in der Türkei, im Winter war es sehr kalt. Im Sommer war's dann sehr heiß.

Es war aber leichter als Dänemark, weil eine gewisse Sozialität da war. In der Türkei war ich nicht isoliert. Die anderen hatten einen gewissen Respekt vor mir, was wichtig ist, wenn man nicht isoliert ist. Man muss sich das so vorstellen, die jungen Gefangenen, die werden dann häufig Opfer von sexuellen Übergriffen. So Sachen waren bei mir überhaupt nicht da, obschon ich allein war und keinen Schutz von irgendwie Gleichgesinnten hatte.

### **Gab es Folter im Gefängnis?**

Folter gab es in der Untersuchungshaft in der Türkei. Bei mir war es systematischer Schlafentzug. Man steht dann einfach stundenlang mit verbundenen Augen und man weiss nicht, ob Stunden oder Tage vergehen, es ist wie eine Zeit ohne Zeit. Und das ist schon zermürend. Ich leide jetzt noch häufig darunter.

### **Als du nach Dänemark ausgeliefert wurdest, hast du härtere Haftbedingungen bekommen als die anderen Mitglieder der Blekingegade-Gruppe?**

In Dänemark hab ich acht Jahre gekriegt, die anderen haben teilweise sechs Jahre, teilweise zehn Jahre. Aber sie haben Hafturlaube gehabt nach einer gewissen Zeit, was ich nicht gehabt habe. Und ich war auch sehr lange isoliert.

### **Wie lange warst du in Isolationshaft?**

Unter ganz strengem Isolationsregime: anderthalb Jahre. Und dann in einer Abteilung, die eine Isolationsabteilung war, wo Leute freiwillig isoliert waren, aber ich nicht. Mit freiwillig isoliert muss man sich vorstellen, das sind Leute, die Verräterdienste geleistet haben, und sonst von den anderen Gefangenen die Hacke vollgekriegt hätten. Dort haben sie mich hingesteckt.

### **Wie muss man sich die strenge Isolationshaft vorstellen?**

Man fängt an, mit der Fernsehansagerin zu reden. (lacht)

### **Wie lange bist du in Dänemark in Haft gewesen?**

Viereinhalb Jahre. Und etwas mehr als ein Jahr in Auslieferungshaft in der Türkei. Im Ganzen etwa fünfzehn Jahre.

### **Und dann bist du in die Schweiz ausgeschafft**

### **worden. Bist du dann wieder ins Gefängnis gekommen?**

Man hätte mich eigentlich nicht ausschaffen können in die Schweiz. Im Auslieferungsbegehren an Dänemark von der Schweiz war ein Vergehen angegeben, das verjährt war nach dänischem Recht. Und es gilt immer das Recht des ausliefernden Landes. Trotzdem bin ich eines Morgens geweckt worden, früh, und bin mit drei jungen Bewachern zum Flughafen gefahren und dann nach Kloten geflogen worden.

Ich war dann noch zehn Tage im Gefängnis in der Schweiz.

Eines Morgens hat man mich zum Ausgang gebracht. Dann habe ich meine Kleider gekriegt. Ich habe gefragt: «Was, werd' ich freigelassen?» Die haben gesagt: «Ja, in einer Stunde, Sie müssen noch ins Gerichtsgebäude rauf, da müsse das alles noch vermerkt werden.» Ich hatte geglaubt, die holen mich nach Bern, um mich weiteranzuklagen wegen der spanischen Botschaft. Dem war nicht so.

Ich wurde entlassen und ich wusste gar nicht, wie man über die Strasse kommt, beim Gerichtsgebäude hatte es Autoverkehr, ziemlich heftigen. Das war für mich schon seltsam. Also nichts von Akklimatisierung und Resozialisation, was die immer so gross schreiben.

### **Solidarität und Antiimperialismus. Wie soll das in der Ersten Welt gemacht werden?**

Die PFLP war natürlich froh für jede Art von Solidarität. Von der PFLP aus gesehen ist das, was die Blekingegade-Gruppe gemacht hat, schon wichtig; sehr willkommen waren aber auch die ganzen Ärzteteams.

Wenn einer Arzt ist und anstatt viel Kohle zu verdienen in Europa, für ein halbes Jahr in den Libanon oder nach Syrien geht, dann ist das schon eine physische Solidaritätsbekundung. Und da war die PFLP froh darüber.

### **Ich frage mich, was wir hier tun können für diese Befreiungsbewegungen, ausser direkt dorthin zu gehen.**

Die Befreiungsbewegungen haben natürlich auch Strukturen hier, man kann diese Strukturen hier unterstützen, auch physisch. Das muss nicht mit Geplauder aufhören. Man kann das, was wir gelernt, studiert haben, unsere Bildung und Ausbildung, natürlich auch für die Sache hier einsetzen.

**Taki**

# Der Kampf wird noch geführt

**Auch wenn sie verschwiegen wird, gibt es in Palästina eine sozialistische Opposition jenseits Islam und Unterordnung.**

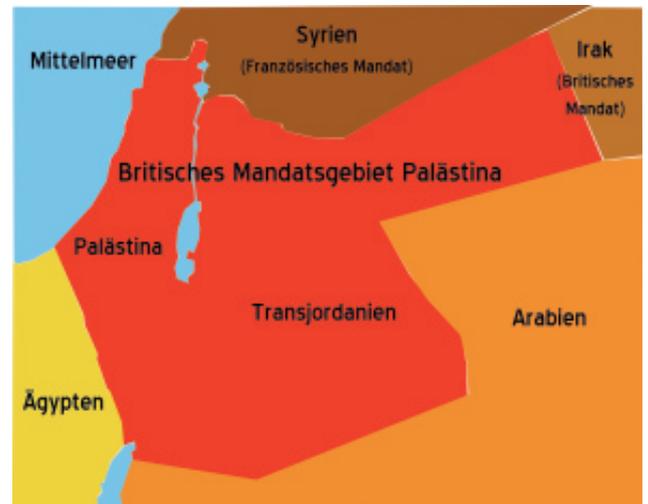
Die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP), welche am 11. Dezember 1967 gegründet wurde, ist vielen hierzulande praktisch unbekannt. Kein Wunder, denn, wenn man in den bürgerlichen Medien überhaupt einmal über ihren Namen stolpert, dann wird sie und ihre Geschichte meist sehr einseitig präsentiert. Klären wir das Bild: Bei der PFLP handelt es sich um eine Vereinigung von linken, marxistisch-leninistischen, nicht-religiösen palästinensischen Organisationen. Ihr erklärtes Ziel ist «die Befreiung ganz Palästinas im bewaffneten Kampf und die Errichtung eines demokratischen und sozialistischen, palästinensischen Staates.»<sup>1</sup>

Die PFLP in ihrer heutigen Form verfolgt immer noch dasselbe Ziel; es haben sich jedoch mit der Zeit mehrere Fraktionen von ihr abgespalten. Die EU und die USA führen die PFLP übrigens auf ihrer Liste von sogenannten «terroristischen Organisationen».

## Der Palästina-Konflikt

Am 25. April 1920 erhielt Grossbritannien auf der Konferenz von San Remo das Palästina-Mandat. Im Klartext bekam Grossbritannien damit das Gebiet des heutigen Israel, Jordanien, den Gazastreifen sowie das Westjordanland als eine Kolonie. Dieses Mandat wurde mit dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches, nach dem Ersten Weltkrieg, an Grossbritannien übertragen. 1946 erfolgte die Unabhängigkeit Jordaniens von der englischen Kolonialmacht. Das Mandatsgebiet erstreckte sich daher bis 1948 nur noch zwischen Jordan und Mittelmeer (das heutige Israel und die palästinensischen Gebiete). Am 14. Mai 1948 erfolgte die Gründung des Staates Israel, womit am selben Tag das Palästina-Mandat endete. Die Palästinenser\*innen wurden (und werden!) systematisch aus ihrer Heimat vertrieben. Gleichzeitig wanderten viele Jüd\*innen nach Israel ein. Diese Ereignisse führten 1967 zum Sechs-Tage-Krieg und 1973 zum Jom-Kippur-Krieg. Beide Konflikte gewannen die Israelis mit massiver militärischer Hilfe aus dem Westen. Dabei bildete sich immer stärker ein palästinensisches Nationalbewusstsein heraus. 1974 wurde die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) gegründet,

<sup>1</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Volksfront\\_zur\\_Befreiung\\_Palästinas](http://de.wikipedia.org/wiki/Volksfront_zur_Befreiung_Palästinas)



Die britische Kolonie umfasste das heutige Israel, Jordanien, den Gazastreifen und das Westjordanland. Es war offensichtlich nicht der einzige Kolonialbesitz der Engländer\*innen in der Region.



Infolge des Sechs-Tage-Kriegs besetzte Israel unter anderem die Sinai-Halbinsel, die zu Ägypten gehörte. Der Sechs-Tage-Krieg begründete den Niedergang des sogenannten «arabischen Sozialismus» vom ägyptischen Präsidenten Gamal 'Abdel Nasser.

welche von den Vereinten Nationen offiziell als «Repräsentantin des palästinensischen Volkes» anerkannt wurde.

### Der marxistische Widerstand

Die PFLP wurde in ihrer Anfangszeit von Waddi Haddad und George Habash geführt. George Habash war von 1968 bis ins Jahr 2000 Generalsekretär in der Organisation. Der Kinderarzt und Sohn griechisch-orthodoxer Eltern wurde durch die Einnahme israelischer Truppen aus seiner Heimatstadt Lydda (dem heutigen Lod, Israel) mitsamt seiner Familie vertrieben.

Nach dem Abschluss seines Medizinstudiums 1951 arbeitete Habash zunächst als Arzt in palästinensischen Flüchtlingslagern in Amman. In diesen Flüchtlingslagern herrschen bis heute menschenwürdige Zustände.

Ein aktuelles Beispiel ist das Yarmuk-Flüchtlingslager im Süden von Damaskus. Dieses ist seit Monaten von der Aussenwelt abgeschnitten, tausende Menschen (nicht nur Palästinenser\*innen, auch viele syrische Flüchtlinge) sind unter schrecklichen medizinischen Zuständen zusammengepfercht. Es genügt wohl zu sagen, dass seit Oktober letzten Jahres vierzig Menschen an den katastrophalen Bedingungen im Lager gestorben sind, um sich ein Bild davon zu machen, was die Flüchtlinge dort ertragen müssen. George Habash engagierte sich während seiner Arbeit in den Lagern zunächst in der von ihm 1952 mitgegründeten Bewegung der Arabischen Nationalisten.

Nach der Niederlage des Sechstagekrieges 1967 orientierte er sich mehr und mehr zum Marxismus-Leninismus.

Da die PFLP jede Lösung des Palästina-Konflikts, die zur Bildung zweier Staaten zwischen dem Mittelmeer und Jordanien führen sollte, ablehnte, spaltete sie sich von der PLO (deren stärkste Fraktion die Fatah ist). Sie bildete zusammen mit anderen Organisationen die sogenannte Ablehnungsfront aus sich dem «Oslo-Friedensprozess» widersetzenden Organisationen, zu der unter anderem auch die Hamas gehört, welche momentan den Gazastreifen regiert. Die Gruppe hält weiter an ihrem Widerstand gegen die Oslo-Abkommen fest und beharrt auf das Rück-

kehrrecht von Palästinenser\*innen, die von den Israelis vertrieben wurden.

### Gegenwärtige Entwicklungen

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gewannen vermehrt religiöse Kräfte (vor allem die Hamas) zusehends an Stärke und verdrängten die PFLP mehr und mehr aus den Schlagzeilen.

Als im April 2000 Habash aus gesundheitlichen Gründen seinen Rücktritt ankündigte, wurde im Juli Abu Ali Mustafa zu seinem Nachfolger als Generalsekretär ernannt. Doch schon 2001 wurde er von der israelischen Armee aufgespürt und ermordet. Als die Israelis die Verhaftung des neuen Generalsekretärs Ahmad Sa'adat forderten sowie einiger weiterer PFLP-Angehörigen, denen Israel die Planung und Durchführung von Attentaten vorwarf, kam die Palästinensische Autonomiebehörde dem Druck schließlich nach. Sa'adat sowie weitere Mitglieder wurden dann auch am 15. Januar 2002 verhaftet. Das brutale Vorgehen der Israelis, brachte (und bringt) immer mehr Palästinenser\*innen dazu, sich für den bewaffneten Kampf zu entscheiden.

Da im Gazastreifen (durch israelische Sanktionen, Blockaden und Umleitungen von Flüssen) allgemein eine grosse Armut herrscht, können fundamentalistisch-religiöse Gruppierungen immer höhere Mitgliederzahlen verzeichnen. Viele Menschen suchen in ihrer Not Zuflucht zum Glauben und gehen auch soweit, sich selbst zu opfern. In den westlichen Medien wird dies häufig so dargestellt, dass quasi alle Mitglieder der Gruppierungen, die sich zum bewaffneten Kampf gegen Israel entschieden haben, fundamentalistische, «böse» Selbstmordattentäter\*innen seien. Der Konflikt wird durch immer neue (oftmals illegale) Siedlungsbauten weiter angeheizt. So ist es kaum verwunderlich, dass sich immer weniger Menschen eine friedliche (oder überhaupt eine) Lösung des Konflikts vorstellen können. Es wäre wichtig und würde sicherlich dem Frieden dienlich sein, wenn in Israel die rechten Kräfte nicht weiteren Zulauf erhielten. Eine wirkliche Alternative kann nur eine wissenschaftliche, revolutionäre Arbeiterorganisation bieten, eine Organisation wie die PFLP.

Ben



Das Logo der PFLP auf einer Mauer im Yarmuk-Flüchtlingslager. Foto. Tobbe, 19.10.2008.



Foto: spollt.exile, Kiew, 8.2.2014.

# Staatstreich in Kiew

**Nach dem Staatsstreich hat die antirussische Opposition in der Ukraine die Macht an sich gerissen. Der Terror der Faschisten gegen Kommunistinnen, Juden und Russinnen breitet sich seit dem Sturz der Regierung aus.**

In Kiew kontrollieren mit scharfer Munition und Molotowcocktails bewaffnete Faschisten die Stadt, die Polizei hat ihre Arbeit offenbar aufgegeben. «Witali Klitschko erklärte, die Kämpfer des "Rechten Blocks" seien derzeit die einzigen, die für Ordnung sorgen könnten.»<sup>1</sup> Faschistischer Terror wird in «Ruhe und Ordnung» umgedeutet. Der Terror der Nazibanden richtet sich gegen die seit 2010 regierende Partei der Regionen, gegen Russen, Arbeiterinnen, Kommunisten und Jüdinnen. Die Partei der Regionen setzte sich damals durch, nachdem die Partei «Vaterland» in der vorherigen Periode abgewirtschaftet hatte. Überall hängen Boykottaufrufe gegen Läden und Produkte von Mitgliedern der Partei. Der Terror richtet sich auch gegen die Arbeiterschaft. Während die Faschisten in Kiew Verwaltungsgebäude besetzten, wurde auch das Gewerkschaftshaus in Beschlag genommen.

«Wie ernst die Lage in der Ukraine inzwischen ist, macht auch eine Meldung der israelischen Tageszeitung Haaretz unter Berufung auf die Zeitung Maariv deutlich. Der ukrainische Rabbi Moshe Reuven Azman habe die Juden von Kiew aufgerufen, die Stadt und das Land zu verlassen, solange dies noch möglich sei. Es gebe Warnungen, dass die neuen Machthaber jüdische Institutionen attackieren wollten, so der Geistliche. Die jüdischen Schulen seien aus Sicherheitsgründen geschlossen worden, berichtete Maariv. Auch die israelische Botschaft in Kiew habe die Juden aufgerufen, ihre Wohnungen nicht zu verlassen.»<sup>2</sup>

Zudem wurden Gebäude der Kommunistischen Par-

tei der Ukraine gestürmt und verwüstet. Das geraubte Material wie Fahnen, Zeitungen und Bücher wurde von den Faschisten öffentlich verbrannt und Denkmäler zerstört, die an die Befreiung vom Faschismus erinnern. Doch es bildet sich auch ein Widerstand gegen diesen Terror. In der ostukrainischen Stadt Charkiw verteidigten 3'000 Menschen Denkmäler. Unterdessen bilden sich auch Selbstverteidigungsgruppen im ganzen Land, um den Terror abzuwehren.

## Infrastruktur für den Kampf

Tagsüber spielten bei den Protesten auf dem Maidan auch die liberalere, auf die EU ausgerichtete Bewegung eine grosse Rolle. Sie halfen, spendeten und versorgten. Sie unterstützten dabei die nationalistischen Kämpfer auf dem Protestplatz. Doch ohne das Geld der Bonzen und Superreichen wie Tymoschenko hätten man wohl ein anderes Bild. Unternehmer\*innen belieferten die Kämpfenden ständig. Sie stellten ihnen die Infrastruktur zur Verfügung, welche benötigt wurde. Lastwagen fuhren auf den Platz und brachten schon zurechtgeschnittene Holzbalken für die Barrikaden. Zudem wurden Stromgeneratoren, Krankenstationen, improvisierte Küchen und Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt.

Wiktor Janukowytsch, der abgesetzte Präsident der Ukraine, hat den Rückhalt der Oligarch\*innen verloren. «Die Beteiligung einer grossen Zahl Menschen an den Protesten spiegelte die tiefe soziale Unzufriedenheit mit dem Regime von Janukowytsch und seiner Mannschaft wider, die das Land unangemes-

1 Reinhard Lauterbach: *Rechter Staatsstreich*. junge Welt, 24.02.2014.

2 <http://www.redglobe.de/europa/ukraine/9477-faschisten-kontrollieren-kiew-rabbi-ruft-juden-zur-flucht-auf>



Ein faschistischer Aufständischer präsentiert stolz seine Waffen. Foto: Sasha Maksymenko, 26.2.2014.

sen regiert, die Menschen betrogen und ihre Wahlversprechen aufgegeben haben. In schwerer Zeit hat er feige sein Amt aufgegeben. Die freche Bereicherung im Umfeld des als "die Familie" bekannten Janukowytsch-Clans hat ihn von der Mehrzahl seiner Anhänger und Wähler entfremdet.»<sup>3</sup>

### Staatsstreich durch die Rechte

Das Parlament in Kiew steht unter ständiger Kontrolle der Faschisten, die Zugänge kontrollieren und bestimmen, wer Zutritt hat. Dieses Parlament ist plötzlich sehr arbeitsfähig und produziert Beschlüsse am Laufband. Es hat auch Russisch als zweite Landessprache gestrichen. Dann hat es Arsenij Jazenuk von der Partei «Vaterland» zum Ministerpräsidenten gemacht. Die Absetzung des Präsidenten wäre aber selbst dann verfassungswidrig, wenn man die Verfassung von 2004 nimmt, welche das Parlament wieder eingesetzt hat. Der Präsident wurde 2010 direkt vom Volk gewählt und könnte nur, wenn er nicht selbst zurücktritt, durch ein Amtsenthebungsverfahren abgesetzt werden. In diesem Fall müsste dann eine Untersuchungskommission mit einem Sonderermittler und -staatsanwalt die Arbeit aufnehmen. Danach müssten diese wiederum der Kommission Vorschläge machen, es

würde eine Dreiviertelmehrheit benötigt und müsste durch das Verfassungsgericht bestätigt werden. Doch für die EU wie auch für die US-Regierung spielt das keine Rolle, Hauptsache Janukowytsch ist aus dem Amt. Und das, obwohl die östlichen Regionen, im Gegensatz zu den westlichen, teilweise zum Präsidenten stehen und die verfassungswidrige Absetzung nicht hinnehmen. Die südöstliche Halbinsel Krim hat sich durch ein Referendum kurzerhand ganz von der Ukraine losgesagt und sich Russland angeschlossen. Dabei stimmten trotz Boykott der Opposition 80% der Wahlberechtigten ab, davon 95.5% für einen Beitritt zu Russland.

### Hauptsache gegen Russland

Die Faschisten stehen bei diesem Aufstand auf der gleichen Seite mit den prowestlichen Parteien UDAR («Schlag» auf Ukrainisch), angeführt von Witali Klitschko, und «Vaterland» von Julija Tymoschenko. Gemeinsame Sache machen sie mit den Faschisten der Swoboda oder vom Rechten Sektor. Diese Gruppen berufen sich auf die Organisation Ukrainischer Nationalisten um den Nazikollaborateur Stepan Bandera, die im Zweiten Weltkrieg zehntausende Kommunistinnen, Polen und Jüdinnen ermordeten. Der Hauptgrund ihrer Zusam-

menarbeit sind wohl ihre arbeiterfeindliche und anti-russische Ausrichtung. Die Bevölkerung bekommt die Auswirkungen der neuen Machthaber\*innen bereits zu spüren. Etwa 24'000 Staatsangestellte werden entlassen und der Gaspreis wurde um 50% erhöht. Dadurch hat die neue Regierung eine Forderung des Internationalen Währungsfonds (IWF) erfüllt, um Geld (14-18 Mrd.) zu erhalten, und weitere Sparpakete für die Bevölkerung werden folgen.

Während der Rechte Sektor die nationale Revolution vollenden möchte, sind «Vaterland» und UDAR mit dem Staatsstreich des Parlaments zufrieden. Die Faschisten der Swoboda stellten die Forderung, dass keiner der ehemaligen Regierenden Teil der neuen sein soll. Das wird wohl passieren, da auch die anderen Parteien keine Zusammenarbeit mit der Partei der Regionen möchten.

Dmytro Jarosch, der Führer des Rechten Sektor, forderte für seine Truppe Posten in allen Teilen des Gewaltapparats des Staates, das heisst im Verteidigungs-, Innen- und Justizministerium und zudem die Kontrolle über die Milizen des Innenministeriums. Auch deshalb weil der Rechte Sektor in Kiew und anderen Teilen des Landes bereits die Aufgaben der Polizei ausführt. Der Sicherheitsapparat des Staates scheint in Teilen des Landes nicht mehr zu existieren. Damit ist nicht nur die von den neuen Machthaber\*innen aufgelöste Spezialeinheit Berkut gemeint.

Der Rechte Sektor möchte ebenfalls in allen Ministerien Vertreter\*innen des Maidan als Staatssekretäre. Unterstützt wird diese Forderung auch vom Fraktionschef der Partei «Vaterland» und Ministerpräsidenten, Arsenij Jazenjuk. Da der Rechte Sektor den harten Kern der bewaffneten Kämpfenden stellt, ist dies ein weiterer Versuch der Faschisten an die Macht im neuen Staat zu kommen. Ziel sei, so die Korruption zu bekämpfen und zu verhindern. Wahrscheinlicher ist eher, dass so die Gelder besser in die eigene Gruppe und Kampftruppe fließen können. Die Regierung hatte versprochen alle bewaffneten Gruppen zu entwaffnen. Doch stattdessen hat sie begonnen, diese Parallelstruktur als offiziellen Gewaltapparat des Staates, als Polizei und Armee, zu legalisieren, indem eine Nationalgarde aus Freiwilligen gegründet wurde. Dieser treten die Faschisten nun reihenweise ein. Die Kampftruppen des Maidan wurden so offiziell Teil des Staates. Doch der Aufbau und die Kontrolle der Nationalgarde gestaltet sich für den Rechten Sektor nicht widerstandslos. Schwerbewaffnete Polizeitruppen nahmen das Hauptgebäude der Nationalgarde unter Kontrolle und liessen die Anführer des Rechten Sektors erschiessen, während der Grossteil der Mitglieder in den Ausbildungscamps der Nationalgarde noch von der ukrainischen Armee ausgebildet werden.

Harald

Anzeige

## Die reichsten 1.5 Prozent besitzen im Kanton Zürich 45 Prozent des gesamten Vermögens!

«Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.»

Karl Marx

Gemeinsam für unsere Zukunft!





Eine im angolanischen Bürgerkrieg zerstörte Brücke. Foto: Paulo César Santos, April 2009.

# Kubas Hilfe in Angola

**Angola befreite sich 1974 von der Kolonialmacht Portugal. Doch die Unabhängigkeit war durch den Krieg der USA, Südafrikas und ihrer Rebellen stark bedroht. Kuba leistete solidarische Unterstützung.**

Zwischen 1961 und 1974 kämpfte Angola um seine Unabhängigkeit. Drei Bewegungen spielten in diesem antikolonialen Kampf eine Rolle. Der Kampf gegen die Kolonialherren wurde hauptsächlich von der Volksbefreiungsbewegung Angolas (MPLA) und ihrem militärischen Flügel geführt, im Gegensatz zu der FNLA und der UNITA. Das rassistische Apartheidsregime Südafrikas unterstützte diese angeblichen afrikanischen Nationalist\*innen, wobei diese Bezeichnung kaum unzutreffender sein kann. Beide waren stets Helfer und Handlanger des Regimes in Südafrika. Die FNLA und ihre Abspaltung, die UNITA wurden beide in hohem Masse von den USA und Südafrika finanziert und ausgerüstet.

## Die marxistische MPLA

Die MPLA setzte sich grösstenteils aus der städtischen Arbeiterbevölkerung zusammen.

Seit dem Anfang der 60er Jahre leistete sie Widerstand gegen die Portugies\*innen. Schon damals unterstützte das junge Kuba die MPLA, obwohl es gerade selbst die eigene Revolution hinter sich hatte. Zu grösserer Unterstützung kam es jedoch erst nach dem Sturz der Kolonialmacht.

Auf der anderen Seite wollten die USA und Südafrika unter keinen Umständen eine sozialistische Ent-

wicklung in Angola. Deshalb marschierte Südafrika im Oktober 1975 von Süden her ein. Die Regierung der MPLA und die Angolanische Streitkräfte (FAPLA) baten Kuba deshalb um Hilfe. Und diese bekamen sie.

Während die Sowjetunion die Angolanischen Streitkräfte durch die Lieferung von modernen Waffen unterstützte, ging der Beitrag Kubas weiter. 55'000 Soldat\*innen aus der Inselrepublik leisteten dem angolanischen Volk Beistand. Die Unterstützung war nicht nur eine militärische. Kuba half, wo es konnte. Tausende kubanische Ärztinnen, Lehrer und Technikerinnen unterstützten das angolanische Volk und später auch den Wiederaufbau und die Entwicklung des Landes. Zuerst jedoch musste die angolanische Bevölkerung seine Unabhängigkeit erkämpfen.

## Der Krieg beginnt

Viel Zeit zur Vorbereitung blieb den kubanischen Soldat\*innen nicht. Sofort nach der Unabhängigkeitserklärung der angolanischen Regierung ging es an die Front. Die MPLA kontrollierte das Gebiet um die Hafenstadt Luanda, die Hauptstadt Angolas. Dort kamen die Kubaner\*innen dann auch an. Und vierzig Kilometer davon entfernt war die erste Front, welche sich gegen die UNITA richtete. Diese griff

von Süden her an mit Unterstützung von Südafrika. Doch die gemeinsamen Bataillone aus kubanischen Soldat\*innen und angolanischen Kämpfer\*innen bewegten sich schnell ins Landesinnere vor. Danach richtete sich die Befreiungsarmee nach Norden aus und eroberte die grösseren nördlichen Städte wie beispielsweise Uíge. Obwohl natürlich noch keine flächendeckende Kontrolle über das Land existierte und man deshalb ständig mit Angriffen und Hinterhalten rechnen musste, war der Feldzug damit bereits Anfangs 1976 beinahe beendet, so dass sich die südafrikanischen Kolonnen zurückziehen mussten. Nun begann ein Guerillakrieg. Dieser brachte viele Tote und Verletzte. Er erforderte grossen Aufwand, er war eine sogenannte Abnutzungsschlacht. Dabei waren grössere Kriegsgeräte und taktische Kriegsführung kaum mehr eine Hilfe. Nicht wie vorher bei der Eroberung der grössten Städte und Verkehrsknotenpunkte. Jetzt wurde es zur Aufgabe der angolanischen Kämpfer\*innen, die noch von der UNITA und FNLA besetzten Dörfer mühsam zu befreien.

Trotz aller Trainingscamps, Ausrüstung und Waffenlieferungen entwickelte sich der Kriegsverlauf für die USA sehr unerfreulich und sie verstärkten ihr Engagement für die Rebell\*innen. Da Angola in dieser Si-

tuation ständig bedroht war, durch den Einmarsch eines imperialistischen Staates besetzt zu werden, musste die kubanische Armee länger präsent bleiben als ursprünglich vorgesehen. Zwölf Jahre nach dem Beginn des Konflikts war es dann wieder soweit. Die Südafrikanische Armee war durch die Hilfe von Staaten wie Grossbritannien, Frankreich und Israel aufgerüstet worden. Aber auch die eigenen Waffenproduzent\*innen halfen dabei kräftig mit. Und dann entschieden sich die Regierenden im rassistischen Südafrika 1986 zusammen mit den UNITA-Truppen, in Südafrika einzumarschieren. Sie waren fest entschlossen, Angola einzunehmen. Doch Kubas Militär war besser ausgerüstet und durch die Erfahrungen im Krieg sehr viel erfahrener und kampfstärker.

### Freiheit für Namibia, Angola und Südafrika

Der Kampf der Angolanischen Streitkräfte gegen die Besatzer der Südafrikanischen Verteidigungskräfte begann. Mit den kubanischen Militärs hatten sie Verteidigungslinien um die kleine Stadt Cuito Cuanavale aufgebaut und erwarteten den Angriff. Durch die kreisförmigen Verteidigungslinien auf dem flachen, aber mit Gebüsch und Sträuchern durchzogenen Gelände waren sie flexibel gegenüber den

Angriffen der Südafrikaner\*innen und konnten jederzeit zurückschlagen. So war es möglich, schnell Truppen zusammenzuziehen und eine überlegene Situation herzustellen. Sie versuchten mehrere Angriffe wie den im März 1988, als die Stellung von Norden, Süden und Osten attackiert wurde. Doch der endete in einem Debakel. Die Eroberung war somit gescheitert.

Dieser Sieg der Befreiungsbewegung war der entscheidende, auch wenn die Gefechte in Angola noch bis 2002 andauerten. Die kubanischen Truppen zwangen Südafrika, welches von Namibia aus seinen Krieg führte, zum Waffenstillstand. Dieser Sieg befreite Namibia von den Besatzer\*innen und brachte ihm Unabhängigkeit. Die südafrikanische Armee musste sich aus Namibia zurückziehen. Namibia war



Karte von Angola. Die südlichen Provinzen Cunene und Cuando Cubango waren zwischen 1981 bis 1988 von den Südafrikanischen Verteidigungskräften besetzt. Namibia war damals noch immer Kolonie des Apartheidsregimes.



Militärberater aus der Sowjetunion und dem Ostblock vor den Mitgliedern des Politbüros der MPLA in Angola. Links oben hängen die Portraits von Engels, Marx und Lenin (von links nach rechts). Foto: aus «Soviet Military Power», April-Ausgabe 1983.

zuvor seit der Kapitulation der deutschen Kolonialherren 1915 vom südlichen Nachbarn besetzt. Und genauso wie die schwarzen Einwohner\*innen Südafrikas litten auch sie unter einem Apartheidsregime. Gleichzeitig setzte sich eine Bewegung in Gang, welche das südafrikanische Regime sprengte.

### Internationalistische Hilfe

Für Kuba war die Unterstützung Ausdruck des Internationalismus. Die Regierung Angolas sollte souverän bleiben und die Möglichkeit zur eigenständigen Entwicklung haben. Und das empfanden die Völker Afrikas auch so. Nelson Mandela beschrieb es am 26. Juli 1991 bei der Feier zum 38. Jahrestag der kubanischen Revolution folgendermassen:

«Die kubanischen Internationalisten haben einen Beitrag zu afrikanischer Unabhängigkeit, Freiheit und Gerechtigkeit geleistet, der in seiner Prinzipientreue und Selbstlosigkeit unerreicht ist. Wir in Afrika sind es gewöhnt, Opfer von Ländern zu sein, die unser Territorium aufteilen oder unsere Souveränität untergraben wollen. Es gibt kein zweites Mal in der Geschichte Afrikas, dass ein anderes Volk sich zu unserer Verteidigung erhoben hat. Der Sieg über die Apartheid-Armee war eine Inspiration für die kämpfenden Menschen in Südafrika. Ohne den Sieg von

Cuito Cuanavale wären unsere Organisationen nicht legalisiert worden, der Sieg über die rassistische Armee in Cuito Cuanavale hat es möglich gemacht, dass ich heute hier bin.»

Nelson Mandela drückte sehr klar aus, wie die Völker Afrikas die Intervention Kubas auf der Seite der Volksbefreiungsbewegung Angolas empfanden. Angola wurde die Möglichkeit gegeben, sich souverän zu entwickeln. Es wurde verhindert, dass es nach dem Fall der Kolonialmacht Portugal wieder eine Kolonie wurde. Diese Intervention verteidigte die Revolution der angolanischen Arbeiterklasse. Gleichzeitig wäre ohne sie der Sieg unmöglich gewesen. Denn der militärische Erfolg stützte sich auch auf die breite Unterstützung der Bevölkerung in den Städten und Dörfern. Das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft, die Bereitschaft gegen die Imperialist\*innen und ihre Helfer zu kämpfen, war von entscheidender Bedeutung. Sonst hätte der kubanischen Armee und der revolutionären Regierung Angolas wohl das gleiche Schicksal gedroht wie der Demokratischen Republik Afghanistans.

### Die Interventionen

Angola sah sich faktisch einem Angriffskrieg seitens Südafrika ausgesetzt, damit wäre die kubanische

Unterstützung völkerrechtlich zulässig gewesen. Der Konflikt wurde aber als Bürgerkrieg zwischen verschiedenen Befreiungsbewegungen hingestellt, womit ein Eingreifen für jede Seite unzulässig wurde. Kuba hat eingegriffen und zwar zugunsten und auf Einladung der MPLA-Regierung. Dem Eingriff ist jedoch die Unterstützung der gegnerischen Seite durch Apartheidssüdafrika vorausgegangen. Dadurch kann der kubanische Eingriff als Gegenintervention gerechtfertigt werden. Soweit der völkerrechtliche Standpunkt.

Ob die Intervention Kubas auf Seiten der MPLA-Regierung auch auf dem Standpunkt der angolanschen Bevölkerung legitim war – und das ist der Punkt, der wirklich zählt – hängt von ihrer Unterstützung dieser Regierung ab. Rein formal kann Rückschluss darauf geben, dass die MPLA-Regierung von weitaus mehr Staaten anerkannt war als die restlichen Bürgerkriegsparteien. Erhellender ist, dass die MPLA aus den ersten Wahlen in Angola 1992 mit 53.74% der Stimmen als deutliche Siegerin hervorgegangen ist (was natürlich nur für die Betrachtung im Nachhinein zählt).

Ein weiterer Punkt, der für die Legitimität spricht, ist, dass der Einmarsch Kubas nicht aus Eigennutz erfolgt war. Angola wurden im Anschluss keine Verträge aufgezwungen, wie das im imperialistischen Lager so üblich ist. Kuba konnte keinerlei finanziellen Gewinn aus dieser militärischen Aktion ziehen.

Für die Imperialist\*innen gibt es nur ökonomische Gründe, um in ein Land einzumarschieren. Die Zersetzung und der Zerfall eines Staates werden dabei gerne in Kauf genommen. Angola besitzt gewaltige Mengen an Ressourcen – Erdgas, Erdöl, Diamanten, und fruchtbares Land. Die USA planten, die an Erdöl reiche Provinz Cabinda zu erobern und dann unter die Kontrolle von Zaire (heute: Demokratische Republik Kongo), einer US-Marionettenregierung, zu stellen. Selbstverständlich duldeten sie auch keine sozialistische Entwicklung in Angola und diese drohte, wenn sich die Bevölkerung den Entwicklungsweg selbstständig gewählt hätte. Das war für die USA und die befreundeten Staaten Grund genug, die rassistische Armee Südafrikas und die Rebell\*innen der UNITA und FNLA hochzurüsten.

Südafrika selbst hatte noch ein weiteres Ziel, es wollte mit dem Krieg auch von den inneren Spannungen ablenken. Das ganze Land wurde damals von Streiks, Sabotage und Protesten der unterdrückten schwarzen Bevölkerung erschüttert. Und der Krieg gegen aussen sollte von der Unter-

drückung durch die Apartheid ablenken. Die Herrschaft der weissen Minderheit war bedroht und sie versuchte, sie mit allen Mitteln zu erhalten. Diese Herrschaftsform, die bald auf dem «Müllhaufen der Geschichte» landen sollte, wollten sich die dort herrschenden Unternehmer\*innen erhalten. Sogar die militärische Taktik zeigte die rassistische Ideologie der Südafrikaner\*innen: Schwarze Einheiten wurden an die vorderste Front geschickt, zum Schutz für die dahinter postierten Weissen. Auch dies verstärkte die Soldaten- und Arbeiteraufstände in Südafrika.

### Das Ziel

Die Erfahrungen der bisherigen Interventionen durch sozialistische Staaten zeigten ihre Möglichkeiten und Grenzen auf. Die Unterstützung des Bürgerkriegs oder die Verteidigung der Souveränität kann nur erfolgreich sein, wenn sich die Regierung auf einen starken Rückhalt in der Bevölkerung stützt. Noch so gross kann da die Präsenz der Kolonialmacht oder der von ihr unterstützten Gruppen und Truppen sein.

Der Grossteil der Bevölkerung muss sich auf die Seite der angegriffenen Staatsmacht stellen. Sonst droht ein Szenario wie der militärische Einsatz der UdSSR in Afghanistan. Diese Unterstützung scheiterte unter anderem aus inneren Widersprüchen der afghanischen Gesellschaft und brachte danach, mit grosser Hilfe der USA, die Taliban an die Macht. Eine militärische Hilfe muss also gut durchdacht und darf keinesfalls leichtfertig begangen werden. Ohne die bewusste und kämpfende Arbeiterklasse ist ein Erfolg unmöglich. Auch deshalb sind Konzepte, welche die Revolution mit Bomben in andere Länder tragen möchten, wahnsinnig. Solche Kriege können verheerende Folgen haben, auch für den unterstützenden Staat. Auch seine Existenz kann dadurch bedroht werden: Den grossen Aufwand und die materiellen Lasten hat schliesslich immer die Bevölkerung zu tragen und es besteht zusätzlich die Gefahr, dass der Krieg im Ausland in das sozialistische Land getragen wird.

Der kubanische Einsatz in Angola ist aber das erfolgreiche Beispiel für den überaus seltenen Fall, dass eine Intervention auch aus sozialistischer Perspektive zulässig sein kann. Nichtsdestoweniger müssen Interventionen stets mit Argwohn betrachtet werden.

**Harald**

#### Quellen:

Horace Campbell: *Military Defeat of South Africans in Angola*. Monthly Review, April 2013.

Michael Bothe: *Völkerrechtliche Aspekte des Angola-Konflikts*. Max-Planck-Institut, 1977.

# It's Right to Rebel!

**Gegen Krieg und Interventionen muss immer Widerstand geleistet werden. Was aber, wenn die imperialistischen Mächte Aufständische für eigene Zwecke instrumentalisieren? Gibt es Fälle, wo Ausnahmen zulässig sind?**

Würden wir in einer idealen Welt leben, müssten wir als fortschrittliche Menschen für die strikte und ausnahmslose Einhaltung des Völkerrechts kämpfen. In der Charta der Vereinten Nationen wurden nach dem Schrecken des Zweiten Weltkrieges Grundsätze ausgemacht, welche die Beziehung zwischen den Ländern regeln sollten und so den Weltfrieden sichern könnten. Zusammen mit den Deklarationen von 1965 und 1970, die als Zusatzcharta betrachtet werden<sup>1</sup>, ist die Rechtslage in drei Punkten eindeutig:

Verboten ist jede Gewaltanwendung «gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates»<sup>2</sup>, das heisst, mindestens der Angriffskrieg ist völkerrechtswidrig. Spezifisch ist auch das Eingreifen, also eine Intervention, in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates untersagt, direkt oder indirekt und aus welchem Grund auch immer. Am wichtigsten für uns Kommunist\*innen ist aber vielleicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker. «Kraft des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsatzes der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker haben alle Völker das Recht, frei und ohne Einmischung von aussen über ihren politischen Status zu entscheiden und ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten [...]» Darüber hinaus ist die Einmischung gegen die «politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Teilelemente»<sup>3</sup> eines anderen Staates völkerrechtswidrig. Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass die Austragung von innerstaatlichen Konflikten – beispielsweise zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie – durch eine soziale Revolution eine mögliche Form der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts darstellt. Zumindest spricht im Völkerrecht nichts dagegen.

## Löcher im Völkerrecht

Das Problem ist, dass wir nicht in einer idealen Welt leben. In der Praxis wird das Völkerrecht immer wieder missachtet, es wird ständig interveniert und Krieg geführt. Und besonders heimtückisch, aber

Realität ist, dass bei internen Konflikten, die zu Regierungswechseln führen könnten, vielfach die eine oder andere Konfliktpartei von äusseren Mächten unterstützt wird, je nach Interessenlage. Wir können unter diesen Umständen nicht blind am Glauben festhalten, dass die Geschichte frei ihren Lauf nehmen wird und dass interne Konflikte tatsächlich immer die Lösung von fundamentalen Widersprüchen in der Gesellschaft reflektieren.

Interventionen werden gerne damit begründet, dass sie auf Einladung der Regierung des betroffenen Landes erfolgt seien. In einer idealen Welt müssten wir auch eine solche Rechtfertigung für Einmischungen kategorisch ablehnen. Eine Minderheit könnte kaum eine etablierte, fortschrittliche Regierung, die sich auf den Rückhalt der Bevölkerung stützt, entmachten und sich auf längere Zeit behaupten. Und umgekehrt kann sich eine Regierung, die nicht die Interessen der Mehrheit vertritt, nicht auf ewig an die Macht klammern und dürfte von einer organisierten Massenbewegung früher oder später zu Fall gebracht werden.

Da aber unter den wirklichen Verhältnissen die imperialistischen Mächte bald einmal die Aufständischen, die eine unliebsame Regierung bekämpfen, instrumentalisieren oder gar hervorbringen, bald aber auch eine verbündete Regierung künstlich am Leben erhalten, muss innerhalb einer sozialistischen Politik die Legitimität von zwei Sonderfällen der Einmischung zur Diskussion gestellt werden. Einerseits kann ein sozialistischer Staat einer fremden Regierung zu Hilfe kommen, wenn diese durch Aufständische bedroht ist, die *erwiesenermassen* im Sold von imperialistischen Mächten stehen (siehe dazu den Artikel zu Kubas Intervention in Angola). Andererseits dürfen Widerstandsbewegungen materiell unterstützt werden, falls sie gegen einen Marionettenstaat des Imperialismus kämpfen, insbesondere wenn es sich um Kolonien handelt (siehe den Artikel zur dänischen Blekingegade-Gruppe), oder falls die Imperialist\*innen zugunsten einer Regierung intervenieren.

<sup>1</sup> Georg Nolte: *Eingreifen auf Einladung*. Springer Verlag, Heidelberg, 1999. S. 168.

<sup>2</sup> Artikel 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen.

<sup>3</sup> Beide Auszüge stammen aus der UN-Resolution 2625 (XXV) von 1970.

### Phasen des internen Konflikts

Der letztgenannte Fall, die Unterstützung von Aufständischen, ist völkerrechtlich verboten, allerdings von den globalen Machthaber\*innen ausgiebig praktiziert. Ein Eingriff zugunsten der zurechnungsfähigen und legitimen Regierung sei aber auch völkerrechtlich erlaubt, solange es sich noch um Aufständische handelt. Frankreich wendet diese Argumentation immer wieder für seine Kriegspolitik in Afrika an, zuletzt in Mali und in der Zentralafrikanischen Republik (Frankreich hat in Afrika seit den 70er Jahren über zwanzigmal interveniert).

Hat sich der Konflikt allerdings zu einem Bürgerkrieg entfaltet (wobei die Unterscheidung zwischen Aufstand und Bürgerkrieg grossen Raum für Interpretationen offenlässt), ist kein Eingriff mehr erlaubt für jedwede Seite. Der Konflikt in Syrien wurde zum Beispiel vom Westen rasch als Bürgerkrieg bezeichnet, um die syrische Regierung zu schwächen, während in Mali blosse Rebell\*innen ihr Unwesen treiben sollen.

Das Eingreifen auf Einladung kann aber auch als Mittel der internationalen Solidarität eingesetzt werden, wie Kuba im Fall Angola gezeigt hat. Aus kommunistischer Perspektive ist dazu ausschliesslich ein sozialistisches Land berechtigt, da überhaupt nur hier eine Möglichkeit besteht, dass keine wirtschaftlichen Interessen den Anstoss geben. Nun stellt sich die Frage, welche Regierung Anspruch auf eine sol-

che Hilfeleistung haben kann. Eine recht unstrittige Bedingung dürfte im Fall einer Bedrohung durch eine imperialistische Aggression im Gewand eines Bürgerkriegs vorliegen, vorausgesetzt es liegen Beweise vor. Bedenklicher ist die Beurteilung der Repräsentativität der Regierung. Wie misst man ihren Rückhalt in der Bevölkerung? Ein guter Indikator kann sein, ob die Regierung aus freien Wahlen hervorgegangen ist.

Dass ein *sozialistischer* Staat interveniert, ist übrigens keine hinreichende Bedingung für die Legitimität des Eingriffs. Die Intervention der Sowjetunion in Ungarn 1956 wurde mit einer Einladung der Regierung begründet. Das Vorgehen war nicht legitim, weil erstens die Einladung unter Druck erzwungen wurde, und es sich zweitens um einen genuinen, wenn auch reaktionären Volksaufstand zu handeln schien (das Ausbleiben einer imperialistischen Gegenreaktion deutet darauf hin, dass für einmal nicht das internationale Kapital dahintersteckte).

Bestimmte Umstände können eine Berechtigung von gewaltsamen Mitteln in den internationalen Beziehungen entstehen lassen, sie muss aber immer hinterfragt werden. Sich von humanitären Absichten blenden zu lassen, ist naiv und im Effekt bevormundend. Wer wirklich Frieden will, muss verstehen, wie Krieg entsteht und wie er ermöglicht wird.

**Taki**



Die US-amerikanische Armee hisst die Flagge auf Guantánamo in Kuba 1898. Der Eroberung Kubas führte zum Spanisch-Amerikanischen Krieg. Begründung für die US-amerikanische Intervention war die humanitäre Situation (die Unterdrückung der Kubaner\*innen durch Spanien). Heutige Imperialist\*innen mit ihren humanitären Rechtfertigungen können sich auf eine alte Tradition berufen: Auch die Interventionen im griechischen Unabhängigkeitskrieg 1827-1829, im Libanon und Syrien 1860-1861 und in der Balkankrise 1876-1878 standen alle im Zeichen der angeblich humanitären Intervention. Natürlich handelte es sich damals wie heute um imperialistische Expansions- oder Stabilisierungspolitik. Foto: <http://commons.wikimedia.org/>



Foto: ericzim, Magdeburg, 26.04.2012.

# Aufruhr machen, da unten

**Die Aktivistinnen von Pussy Riot haben nicht nur den Roten Platz in Moskau besetzt, auch die Titelseiten der Zeitschriften wurden von ihnen okkupiert. Was sie musikalisch draufhaben, bleibt im Hintergrund. Haben sie musikalisch überhaupt etwas drauf? Wir haben uns ihr Album «Убей сексиста» (Tötet den Sexisten) angehört.**

Die Band Pussy Riot macht übrigens auch Musik. Nicht das es von Belang wäre. Hauptsache, der russische Staat und Machthaber Wladimir Putin werden kritisiert. Hübsche, junge Regierungskritikerinnen werden für ihre musikalischen Aktionen hinter Gitter gesteckt; ein feuchter Traum für die westlichen Medien. Niemanden interessiert's, was dahinter steckt, wenn zehn Minuten später ein Popsternchen wieder mit etwas Unappetitlichem für die nächsten Schlagzeilen sorgt.

Dabei ist ihr Name Programm: Sie sind Feministinnen, sie wollen den Aufstand und sie formulieren es so, wie ihnen der Schnabel gewachsen ist. Ihre Musik ist Punk, sie sind Punk. Und Punk heisst, keinen Scheiss zu geben für nichts und niemanden, was heisst, mit Scheiss den Kampf gegen das Bestehende aufzunehmen. Mach Punk, wenn du Punk machen willst. Dazu brauchst du nicht mehr als ein Musikinstrument und etwas Mut.

Pussy Riot sind solche Punks. Die Musik ist nicht Mozart, die Texte sind nicht Goethe. Ihr Zeug ist nicht schön, nicht harmonisch, nicht ausgefeilt. Das heisst nicht, dass es nicht gut ist. Letztlich ist es aber die ganze Inszenierung, die Pussy Riot zur Kunst werden lässt. Nicht zur gearteten Kunst der abgehobenen Kunstindustrie; zur Kunst des Widerstands. Die Verklüngelung von orthodoxer Kirche und russischer Bürokratie heiligt eine Diktatur? Dann lasst uns eine (von dieser Diktatur als Prestigebau<sup>1</sup> errichtete) Kirche entweihen mit einer fetzigen Show vor dem Altar. Anfang 2012 führten die Mitglieder

von Pussy Riot eine aufsehenerregende Aktion in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale durch. Dafür wanderten drei Aktivistinnen in den Knast. Erst im Dezember vergangenen Jahres kam die letzte von ihnen wieder auf freien Fuss.

Bevor die Mitglieder ins Gefängnis geworfen wurden, haben sie etwas veröffentlicht, das man ein «Album» nennen könnte. Sechs Songs in unterschiedlicher Tonqualität, alle offenbar live aufgenommen, insgesamt eine Dauer von rund zehn Minuten; dies entspricht kaum den Standards der einheitlich öden Kommerzmusik. Schlimmer, das Album muss man nicht kaufen, man kann es nicht kaufen – heutzutage geradezu erstaunlich. Es lässt sich gratis runterladen und direkt hören kann man es auf YouTube<sup>2</sup>.

## Sechs Songs – ein Album?

Den Auftakt macht «Освободи брусчатку» (Befreie das Pflaster!). Mit viel Schlagzeug wird Stimmung gemacht. Die Vocals sind anfangs etwas zurückhaltend, drehen aber im Laufe des Songs auf. Im Hintergrund sind Verkehrsgeräusche hörbar; das Hupen scheint absichtlich, der Klang der einfahrenden Metro eher nicht. Zum Schluss wechselt der Refrain; das Wort «Tahrir» bleibt hängen. Es wird dazu aufgefordert, den ägyptischen Tahrir auf den Roten Platz in Moskau zu bringen.

Der nächste Song «Кропоткин-водка» (Kropotkin-Wodka) tönt gedämpft, dazu viel Elektro. Es entsteht ein starker Verfremdungseffekt, als ob der Song aus

<sup>1</sup> Thomas Bremer: *Der Fall «Pussy Riot» und die Russische Orthodoxe Kirche*. Russland-Analysen Nr. 246, 2012.

<sup>2</sup> <http://www.youtube.com/watch?v=Oxe3N43La7Q>

einem schlecht eingestellten Radio dröhnt. Im coolen Instrumentensolo setzen Polizeisirenen ein. Zuvor immer wieder: Scheisssexisten, Scheissputinisten, Scheissbullen, Scheisschefs.

Mit «Богородица, Путина прогони» (Mutter Gottes, verjage Putin!), das in einer Kirche aufgeführt wurde, haben Pussy Riot den Zorn der Kirchenobrigkeit auf sich gezogen. Eingeleitet wird der Song mit einem Kirchenchor, wobei etwas verdächtig der Name «Putin» rausgehört werden kann. Die Begleitung des Gesangs übernimmt keine Orgel, sondern ein billig klingendes Keyboard. Der Kirchenchor erscheint dadurch fake und kitschig wie Heiligenbilder und sonstiger religiöser Krempel aus Massenproduktion, die man an sämtlichen heiligen Stätten erwerben kann. Dann die Erlösung: Es setzt ein aufgeregter Punkrock ein. Zwei Sängerinnen kontrastieren sich gegenseitig, die eine mit tiefer, die andere mit höherer Stimme. Der Gesang ist im erwarteten Punkstil gehalten, eine Mischung aus aufgekratztem Gejammer und seltsamen Tonfall. Kirchenmusik wechselt mit Punk ab. In den Lyrics wird die Verbindungen der orthodoxen Kirche mit dem autoritären Staat angeprangert. In einer Zeile wird die Schwulenfeindlichkeit des Klerus angesprochen. Als Höhepunkt wird die Jungfrau Maria aufgefordert, Feministin zu werden und sich der Bewegung anzuschließen.

Zu Beginn von «Путин зассал» (Putin hat Schiss) sind nur die Geräusche vom Roten Platz zu hören, wo der Song live aufgeführt wurde. Plötzlich beginnt mit Power die Musik. Abwechselnd wird gesungen und geschrien. «Abort Systeme!» versteht man auch ohne Russischkenntnisse. Wieder wird im Song die Religion angesprochen. Die beiden grossen Frauenfiguren des Christentums, Maria und Magdalena, werden für den Feminismus mobilisiert. Sie sollen demonstrieren und kämpfen gehen.

Beeindruckend ist «Смерть тюрьме, свободу протесту» (Tod dem Gefängnis, Freiheit dem Protest). Nicht durch seine Länge, der Song dauert nicht viel mehr als eine Minute, vielmehr durch die Inszenierung. Die Musik klingt wieder gedämpft, der Gesang erscheint durch ein Megafon gesungen, offensichtlich eine Live-Aufnahme. Im Hintergrund

sind seltsame Klänge hörbar; dabei handelte es sich um das Geheul und den Jubel von Gefangenen, vor deren Gefängnis der Song aufgeführt wurde! Die Message steckt schon im Songtitel: Gefängnisse öffnen und Schluss mit der Repression gegen Protestierende.

Der letzte Song «Убей сексиста» (Tötet den Sexisten) gibt dem Album seinen Namen. Harmonische Gitarrenklänge bilden einen Kontrast zum Sprechgesang. Nach einer Weile bemerkt man, dass sich die Akkorde des Instruments fortwährend wiederholen. Beides macht den Song eher monoton. Die Aufmerksamkeit soll wohl auf den Text gelenkt werden und der ist ziemlich angriffig: Feministinnen werden aufgerufen, die Sexisten zu vernichten, zu töten.

### Punk als Gegenkultur

Ein neuer Song der Band wurde vor Kurzem veröffentlicht. Die Tonqualität ist deutlich besser, das Video scheint den üblichen Musikvideos der Industrie zu gleichen. Sieht so die Zukunft von Pussy Riot aus?

Auf die Dauer kann sich eine Gegenkultur nur erhalten, wenn sich die Kultur, für die sie eine Alternative bietet, auflöst. Trägt sie zur Auflösung bei, kann sie den Anspruch erheben, die Grundlage der neuen Kultur zu bilden. Bleibt die Auflösung der Kultur, der Gesellschaft aus, wird die Gegenkultur zur Alternative *innerhalb* der Kultur, nicht aber zur Alternative *für* die Kultur. Entweder sie geht unter oder auf in einer neuen Stilrichtung, oder sie macht «Ausverkauf» - sie wird annehmbarer Teil des Kulturbetriebs und nimmt dankbar ihr Geld an. Dem Punk ist unbestreitbar Letzteres passiert: Mit der britischen Band Sex Pistols wurde Punk für den Mainstream vermarktbar.

Punk als blosse Negation, als Verneinung des Bestehenden hat keine Zukunft. Er kann vom Kapitalismus spielend als ein weiteres Mittel zur Erhaltung seiner selbst instrumentalisiert werden. Die einzige Hoffnung hat Gegenkultur als Teil politischer Organisation.

Ob sich Pussy Riot dem Markt unterwerfen, bleibt abzuwarten.

Emma & Nils

## Nos persiguieron en la noche

Nos persiguieron en la noche,  
nos acorralaron  
sin dejarnos más defensa que nuestras manos  
unidas a millones de manos unidas.  
Nos hicieron escupir sangre,  
nos azotaron;  
llenaron nuestros cuerpos con descargas eléctricas,  
y nuestras bocas las llenaron de cal;  
nos dejaron noches enteras junto a las fieras,  
nos arrajaron en sótanos sin tiempo,  
nos arrancaron las uñas;  
con nuestra sangre cubrieron hasta sus tejados,  
hasta sus propios rostros,  
pero nuestras manos  
siguen unidas a millones de manos unidas.

**Michelle Najlis (1946-)**  
**Nicaraguanische Dichterin.**

### Übersetzung:

Sie verfolgten uns in der Nacht

Sie verfolgten uns in der Nacht,  
sie trieben uns in die Enge,  
liessen uns keinen Schutz ausser unseren  
Händen,  
verbunden zu Millionen verbundener Hände.  
Sie brachten uns dazu, Blut zu spucken,  
sie geisselten uns;  
sie durchzogen unsere Körper mit elektrischen  
Schlägen,  
und unsere Münder durchzogen sie mit Kalk;  
sie liessen uns ganze Nächte unter wilden  
Tieren,  
sie warfen uns in Keller ohne Zeit,  
sie rissen uns die Nägel aus;  
mit unserem Blut überzogen sie ihre Dächer,  
gar ihre eigenen Gesichter,  
unsere Hände aber  
bleiben vereint zu Millionen vereinigter Hände.

